

Martin Sabrow

Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1061>

Reprint von:

Martin Sabrow, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, herausgegeben von Martin Sabrow, Böhlau Köln, 2000 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 14), S. 9-35

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Martin Sabrow (2000), Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1061>

Ursprünglich erschienen als: Martin Sabrow, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, herausgegeben von Martin Sabrow, Böhlau Köln, 2000 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 14), S. 9-35

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 14

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 3

Martin Sabrow (Hg.)

Geschichte als Herrschaftsdiskurs

Der Umgang mit der Vergangenheit
in der DDR



2000

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10845 (H38 ZCF)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Geschichte als Herrschaftsdiskurs :

Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR / Martin Sabrow (Hg.). –
Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2000

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 3)
(Zeithistorische Studien ; Bd. 14)

ISBN 3-412-13798-7

© 2000 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Willy Colberg, Thälmann im Hamburger Aufstand, 1954
(DHM Berlin)

Druck: MVR-Druck, Brühl

Bindung: Buchbinderei Schaumann, Darmstadt

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13798-7

Inhalt

MARTIN SABROW

Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft	9
Die Diktatur des Diskurses	11
Herrschaftsdiskurs und Diskursherrschaft	18
Konturen der historischen Sinnwelt im Realsozialismus	21
Zu den Beiträgen dieses Bandes: Untersuchungsfelder und Fragestellungen	30

THOMAS HEIMANN

Erinnerung als Wandlung: Kriegsbilder im frühen DDR-Film	37
Aspekte der Geschichtskultur und -politik in den fünfziger Jahren	38
Krieg im deutschen Kino diesseits und jenseits der Grenze	41
Der kulturpolitische Streit um die Kriegsliteratur	46
Verfilmung einer Kriegserzählung im „Taufwetter“	49
Erfahrungsdimensionen der unmittelbar Beteiligten	50
„Harte Schreibweise“ und „Naturalismus“ im Film. Das lange Scheitern des Projekts „Haus im Feuer“	60
Festschreibung des Deutungskanons	73
Ein massenwirksames Muster mit zwiespältiger Wirkung: Die Abenteuer des Werner Holt	75

CHRISTOPH CLASSEN

Vom Anfang im Ende: „Befreiung“ im Rundfunk.....	87
„Befreiung“ statt „Sieg“: Der Befreiungsmythos im Minderheitendiskurs.....	93
Die DDR als Resultat der „Befreiung“: Der Gründungsmythos im Herrschaftsdiskurs	102
Systemkonkurrenz statt „Befreiung“: Entkonkretisierung als diskursiver Kompromiß.....	107
Differenzierungen des Diskurses	112
Resümee: „Befreiung“ als Erfahrung diskursiver Gebundenheit.....	114

SIMONE BARCK

Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte

Momentaufnahmen antifaschistischer Diskurse in den fünfziger Jahren.....	119
Märtyrer und Illegale	120
Geschichtspropagandisten und Erinnerungsberichte.....	130
Vom Umgang mit „Archivratten“ und „papiernen Dokumenten“	136
Empirische Befunde eines jungen Historikers	138
Eine „populärwissenschaftliche Quellensammlung“	145
Helden von der „unsichtbaren Front“	150
Der Autor als Historiker.....	154
Lesarten und Verständigungsschwierigkeiten.....	169

SIEGFRIED LOKATIS

Geschichtswerkstatt Zensur.....	175
Die „Panne“	175
„Verantwortlichkeit“	179
Zensur im Alltag	181
Rütten & Loening als Geschichtsverlag.....	187
Große Patrioten	191
Offizielle Leittexte	195
Die Auswertung der Großen Sowjetenzyklopädie	200
Die Begutachtung parteigeschichtlicher Werke	205

Bürgerliche Rudimente	213
„Dora meldet“ nicht mehr	217
Zensur als verantwortliche Beobachtung	222

MARTIN SABROW

Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“	227
Der Auftrag	227
Die Vorgeschichte.....	231
Das Resultat	237
Der Verfall der Machbarkeitsutopie	241
Das Gemeinschaftsideal in der Praxis.....	256
Der Niedergang der Konsensnorm.....	275
Metamorphosen des historischen Herrschaftsdiskurses	285

JOACHIM PETZOLD

„Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs	287
Der doppelbödige Fachdiskurs.....	287
Die politische Stellvertreterfunktion fachlicher Debatten.....	289
Die Entscheidung über den Charakter der Novemberrevolution	300
Die Thälmann-Legende	307

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	315
Literaturverzeichnis	319
Autorenverzeichnis	329

MARTIN SABROW

Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft

*„Was ist Wahrheit?“
(Pontius Pilatus, um 30 n. Chr.)*

Für den 17. Dezember 1958 hatte die Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Besprechung „im Großen Sitzungssaal des Zentralhauses der Einheit“ gebeten, auf der sich im Beisein des Staats- und Parteichefs die Elite der ostdeutschen Historikerschaft versammelte. Unter den Eingeladenen waren Institutsdirektoren, Universitätsprofessoren und Parteihistoriker, und sie waren zusammengekommen, um zusammen mit der politischen Führung des Landes über die Stellung der DDR-Geschichtswissenschaft gegenüber ihrer bundesdeutschen Schwesterdisziplin zu beraten. Um in die einzelnen Aspekte des Themas einzuführen, waren prominente Referenten gewonnen worden, und der Parteichef selbst trug zu der Frage vor, wie die Beziehungen zwischen Geschichtswissenschaft und Politik unter seinem Bonner Amtskollegen geregelt seien: „Die Historiker [...] arbeiten gegenwärtig für die Durchführung des psychologischen Krieges, und Adenauer hat sie ganz hübsch an die Strippe genommen. Welches ist die Aufgabe, die Adenauer ihnen gestellt hat? Adenauer hat diese ganzen Historiker zusammen genommen und ihnen klar gemacht, daß sie beweisen müssen die geschichtliche Notwendigkeit der europäischen Integration und die Rolle Westdeutschlands in der NATO. Und sie schreiben alle tapfer in dem Sinne, wie ihnen das angeordnet wurde, alle, angefangen bei Ritter bis hin zum letzten Schulmeister in den Dörfern. [...] Die ganze Geschichtsschreibung, wie sie dort im Westen betrieben wird, dient dieser Aufgabe. Es gibt dort eine einheitlich ideologisch-politische Leitung der gesamten Geschichtsforschung. [...] Die Geschichtsschreibung Westdeutschlands ist auf die Durchführung des psychologischen Krieges abgestellt und darauf, daß im Jahre 1961 die Rüstung der westdeutschen NATO-Truppen fertig ist, und bis zu dieser Zeit muß die entsprechende ideologische Verseuchung in Westdeutschland erreicht sein. Das ist dort exakt ausgearbeitet.“¹

1 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/1.01/392, Stenographische Niederschrift der Abteilung Wissenschaften beim ZK mit Genossen Historikern im Großen Sitzungssaal des Zentralhauses der Einheit am Mittwoch, dem 17. Dezember 1958.

Ulbrichts Diagnose fand allgemeine Zustimmung, und die Fachkollegen konnten eine Reihe von Beobachtungen beisteuern, die die skandalöse Unterjochung der historischen Disziplin unter die Interessen der Politik im Westen Deutschlands bestätigten. Einig waren sie sich vor allem in ihrem Unmut und in ihrem Erstaunen darüber, daß diese mit Händen zu greifende Wirklichkeit nach außen hin offenbar gar nicht wahrgenommen wurde, sondern dank einer raffinierten Propaganda durch ein illusionäres Gaukelspiel ersetzt worden war, wie in der Beratung der Parteihistoriker Ernst Hoffmann ausrief: „Trotz der immer wieder von ihnen [den westdeutschen Historikern] vorgegebenen Wahrheitsliebe, Objektivitätssuche und ähnlichen Geschichten müssen wir feststellen, daß sie unvergleichlich politischer sind als wir. [...] Wir haben folgenden, eigenartigen Zustand: Die, wie wir auf dem Standpunkt der offenen, klassenmäßigen Parteilichkeit stehen, reagieren weitaus weniger für unsere Partei, für die Partei der objektiven Wahrheit, für die Partei der Arbeiterklasse, als diejenigen, die vorgeben, außerhalb des Parteienkampfes zu stehen oder über ihm zu stehen. Das ist doch der eigentliche Punkt, so habe ich Walter Ulbricht verstanden. Dort haben wir ein von oben zusammengezimmertes und dirigiertes Kollektiv von Historikern, das in wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern, in Zeitungen, im Rundfunk und überall tagtäglich reagiert, sämtliche Wege nutzt, um historiographisch den deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung des Atomkrieges zu unterstützen. Das ist doch die Sache. Und wir, die wir doch nicht von diesen Widersprüchen zerrissen sind, wo doch unsere wissenschaftliche Arbeit völlig mit der objektiven Wahrheit des historischen Fortschritts übereinstimmt, wir tun es nicht. [...] Das heißt, wir haben ein Klassenbewußtsein, das weniger entwickelt ist als das politische Klassenbewußtsein der monopolkapitalistischen Geschichtsschreiber drüben. [...] Nach meiner Auffassung ist eine Grundursache dafür, daß wir politisch ungenügend klassenmäßig an unsere tagtäglich wissenschaftliche Arbeit herangehen, daß sie irgendwie losgelöst von der politischen Arbeit, vom politischen Kampf der Partei, erfolgt.“²

Was an dieser Mitschrift einer Beratung ‚leitender Genossen Historiker‘ bei der Parteiführung frappt, ist die unverstellte Deutlichkeit, mit der eine aus der Distanz gänzlich ungewohnte Denkweise, eine dem Nachlebenden verblüffend fremde Weltsicht hervortritt. Ein von dem heute geläufigen Denken radikal unterschiedenes Verständnis von den Aufgaben und Möglichkeiten der historischen Wissenschaft gab den mit akademischen Würden ausgezeichneten Lehrstuhlinhabern und dem machtbewußten Regierungschef die gemeinsame Grundlage, um über das Verhältnis von politischer Parteinahme und historischer Erkenntnis zu reflektieren; eine dem Außenstehenden befremdliche Denkkordnung führte die Beratungsteilnehmer dazu, alle Wahrnehmungs- und Argumentationsunterschiede zwischen Politiker und Wissenschaftler vollständig einzuebnen, um statt dessen dem nach allgemeiner Wissenschaftstradition nachrangigen Gegensatz zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten einen geradezu ontologischen Status beizumessen und ihn mit Hilfe eines kategorialen Freund-Feind-Schemas zu interpretieren. Aus westlicher Perspektive geradezu irrational zu nennen waren die Vorstellungen, die die Beratungsteilnehmer über die Funktions-

2 Ebd. Vgl. zur Deutung dieser Auslassungen und ihres Feindbildes Martin Sabrow, Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998, S. 53–91, hier S. 62ff.; ders., Gegensätzliche Geschichtsbilder – gegnerische Geschichtsbildner? Die deutsch-deutsche Historikerkonkurrenz als Wahrnehmungsgeschichte, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günther Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 139–160, hier S. 150f.

weise des Wissenschaftsbetriebes in der Bundesrepublik offenbarten, wenn sie mutmaßten, daß des Landes Kanzler eine ihm ergebene Historikerschaft mit genauen Direktiven zur Verfälschung der Geschichte ausrüste, um so den von ihm vorbereiteten Atomkrieg auch an der Vergangenheitsfront abzusichern. Nachgerade lächerlich wirkt schließlich das Bild, das der zitierte DDR-Historiker Hoffmann seinen Zuhörern von den Arbeitsbedingungen in der heimischen Fachpraxis malte, um ihnen so die Kluft zwischen der Freiheit der Forschung im Osten und der politischen Unterdrückung im Westen zu demonstrieren.

Dennoch erweckt das wortgetreue Stenogramm, das von dieser mehrstündigen und in vielen Punkten auch kontroversen Historikerberatung überliefert ist, durchaus nicht den Eindruck, daß ihre Teilnehmer etwa zu ihren Stellungnahmen gepreßt worden seien oder doch zumindest wider besseres Wissen gesprochen hätten. Alles deutet vielmehr darauf, daß sie entweder aus persönlicher Überzeugung argumentierten oder aber jedenfalls im Banne einer Redesituation standen, die es beispielsweise in den Augen seiner Kollegen durchaus nicht abträglich erscheinen ließ, daß Ernst Hoffmann in seinen Beitrag mehrfach bekräftigende Berufungen auf die Position seines Vorredners Walter Ulbricht einstreute. So viel Anpassung im einzelnen auf der Berliner Historikerkonferenz 1958 im Spiel gewesen sein mochte; sie allein vermag schwerlich zu erklären, daß die Elite der ostdeutschen Historikerzunft bei allen Meinungsgegensätzen untereinander in einem völlig übereinstimmte: nämlich in der Anerkennung eines fachlichen Wertungsmaßstabes, nach dem allein die westliche Historiographie durch eben die ideologische Gängelung und Geschichtsklitterung gekennzeichnet sei, die sie perfiderweise ihrer Konkurrenz in der DDR zum Vorwurf mache.

Die am 17. Dezember 1958 im Zentralhaus der Einheit versammelten Spitzen der DDR-Geschichtswissenschaft, die sich über den „eigenartigen Zustand“ empörten, daß die unvergleichlich drastischere Instrumentalisierung der Fachwissenschaft in dem sich so frei dünkenden Westen anscheinend nur ihnen selbst bewußt war, lebten offenbar in einer besonderen Sinnwelt. Wie läßt sie sich erschließen?

Die Diktatur des Diskurses

Ausgangspunkt der in diesem Band versammelten Interpretationsansätze ist die Annahme, daß Wissenschaft, Kultur und letztlich auch Herrschaft in der sozialistischen Diktatur weder immanent noch normativ zureichend zu entschlüsseln sind. Sie geben ihre Funktionsmechanismen weder über das distanzlose Einlassen auf ihre eigenen Zuschreibungen und Zielsetzungen preis, aber sie offenbaren sie auch nicht unter einem interpretatorischen Zugriff, der sich an der universalen Gültigkeit liberaler Denktraditionen und eines pluralen Wissenschaftsverständnisses orientiert. Vielmehr nähern die Autoren dieses Bandes sich – bei im einzelnen durchaus unterschiedlichem Vorgehen – ihrem Gegenstand mit jener ethnographischen Behutsamkeit, die dem Betrachter selbstverständliche Denk- und Schgewohnheiten nicht unreflektiert dem Betrachtungsgegenstand unterlegen will und die Möglichkeit nicht aus den Augen verliert, daß eine *andere* Vergangenheitskultur auch *andersartig* sein könnte. Die kulturgeschichtliche Wende der Geschichtswissenschaft am Ende des 20. Jahrhunderts erleichtert die Rückbesinnung auf die alte Erkenntnis der Wissenssoziologie, daß es „die“ Realität weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit gibt, sondern jede Wirklichkeit

zuallererst eine gesellschaftliche Konstruktion bildet.³ Man muß die objektive Gegebenheit einer hinter allen Wirklichkeitsvorstellungen liegenden Welt so wenig leugnen wie die Existenz einer objektiven Vergangenheit als unausschöpfbarem Referenzrahmen aller Geschichte(n), um anzuerkennen, daß jede Wirklichkeit und jede Geschichte immer ein nach den in einer Zeit, in einer Gesellschaft, in einer Sozialgruppe geltenden Sehweisen erzeugtes Bild bleibt, das seine eigenen Gewißheitsquellen und -kriterien in sich trägt. Daraus ergibt sich ein sinn- und lebensweltlich gebundener Status allen Wissens, den Helmuth Plessner schon vor Jahrzehnten so formulierte: „Was im offenen Rahmen der Lebenswelt Wissen zu sein behauptet und den Anspruch darauf plausibel findet, hat damit Recht auf dieses Wort und die in seinem Horizont intendierte Sache. Mehr Recht, ein höheres Recht mit irgendeinem ontologischen Rückgrat kann es freilich nicht geltend machen.“⁴

Wenn die Annahme zutrifft, daß die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit auch die Wissenschaften beherrschte, deren reflexive Kriterien in verfeinerter Form den Bewußtseinsnormen der Menschen in ihrem Alltagsdenken folgen, dann wirft die parallele Existenz zweier gleichzeitiger Geschichtssysteme in Ost und West mehr und tiefergehende Probleme auf als die Frage nach Leistung und Versagen der Historiker hüben und drüben. So wichtig die klare Trennung von Wahrheit und Lüge für das gegenwärtige und künftige Zusammenleben in einer post-diktatorischen Gesellschaft ist, so wenig hilft sie dem Historiker, der mit der zeitweiligen Gleichzeitigkeit differenter ideeller Bezugssysteme zu tun hat. Standen vielleicht hinter den unterschiedlichen Geschichtsordnungen in Ost und West und besonders in Ost- und Westdeutschland auch zwei unterschiedliche historische Sinnwelten mit spezifischen Modi zur Vergesellschaftung der Vergangenheit?

Wer so argumentiert, findet sich in der Falle: Woher nimmt er, wenn es keine übergesellschaftliche Wahrheit mehr geben soll, das Recht zum Urteil über das fremde Bezugssystem, die andere Sinnwelt? In der Tat pflegt die sich wissenssoziologischem Zugriff entziehende Frage nach der Gültigkeit ihrer ja ebenfalls sinnweltlich gebundenen Erkenntnisse üblicherweise als metatheoretisch ausgegrenzt und der Philosophie überwiesen zu werden. In unserem Fall bedarf es dieses Kunstgriffs nicht: Die Wirklichkeitsordnung und das ihrem Geschichtsbild zugrunde liegende Denksystem des diktatorischen Staatssozialismus waren – anders als das der materialistischen Geschichtstheorie selbst – ein überaus fragiles und ständiger Festigung bedürftiges Produkt, dessen Haltbarkeit entscheidend von seiner politischen Bestandsgarantie abhing. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa rasch und gründlich verschwunden, pflegt dieses Bezugssystem selbst dort zumeist in nur noch blasser Erinnerung zu sein, wo die politischen und ideologischen Traditionen des untergegangenen Staates unverändert hoch im Kurs stehen, und überdauert so seine gesellschaftliche Entsorgung fast allein in der geronnenen Sprache der Akten.

„Vergangenheit“ bedeutete in der realsozialistischen Staatenwelt vor allem ‚verwaltete Vergangenheit‘. Ihre Geltungsgrenzen deckten sich mit den Regimegrenzen, und die gesellschaftliche Konstruktion der geschichtlichen Wirklichkeit folgte aus dem totalitären Projekt

3 Vgl. aus der neueren Diskussion insbesondere Thomas Mergel/Thomas Welskopp, *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997; Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), *Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998; Thomas Welskopp, *Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 171–198.

4 Helmuth Plessner, *Zur deutschen Ausgabe*, in: Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 1980, S. XIV.

einer staatlichen Konstruktion der Gesellschaft. Doch bei allen Einschränkungen: Besaß vielleicht auch die konstruierte Sinnwelt des SED-Regimes zumindest auf der Ebene der „öffentlichen Realität“⁵ ihre eigenen Gewißheitsquellen für die unter ihm lebenden Menschen – „Präskripte, an die er sich halten kann und hält, weil sie ihm selbstverständlich, nicht etwa nur verständlich sind“?⁶ Entwickelte womöglich die historische Wirklichkeit im Osten keine geringere „Normalität“ als im Westen, und trat sie vielleicht drüben nicht anders als hüten in Erscheinung, nämlich doppelt: einmal *objektiv* als Faktum und gesellschaftliche Objektivierung in institutionalisierten Werthaltungen, Habitus und Ideologien, zum anderen *subjektiv* als individuelle Rezeption und Reproduktion? Bildete vielleicht – und in welchen Grenzen – auch die *gleichzeitige* Wirklichkeitsordnung staatssozialistischer Gesellschaften eine solche Macht, wie sie Foucault für die *vorzeitige* Wirklichkeitsordnung vormoderner Gesellschaften analysierte und als die „fundamentalen Codes einer Kultur“ beschrieb, „die ihre Sprache, ihre Wahrnehmungsschemata, ihren Austausch, ihre Techniken, ihre Werte, die Hierarchie ihrer Praktiken beherrschen“ und „gleich zu Anfang für jeden Menschen die empirischen Ordnungen (fixieren), mit denen er zu tun haben und in denen er sich wiederfinden wird“?⁷

Um dieser Frage nachzugehen, ist ein Analyserahmen zur Erfassung des Geschichtsverständnisses in der DDR erforderlich, der zum einen die Modi der Vergangenheitsaneignung in der DDR nicht allein nach den Kriterien und Kategorien eines heute allgemeingültigen Bezugssystems bemißt und der zum anderen neben den im engeren Sinne fachwissenschaftlichen auch die politischen, literarischen, künstlerischen, medialen und publizistischen Formen in den Blick nimmt, in denen sich die Aneignung der Vergangenheit unter der SED-Diktatur vollzog. Nicht evaluieren, sondern rekonstruieren heißt das Ziel, und es verlangt eine *Kulturgeschichte* der *Geschichtskultur* in der DDR.

Damit verbindet sich zunächst eine mehrdimensionale Ausweitung des Gegenstandsfeldes. Auch in verstaatlichten Gesellschaften wie der DDR blieb das kulturelle Gedächtnis vielschichtig und das „sozialistische Geschichtsbild“ ein Produkt vieler und oft gegenläufiger Instanzen. Dessen inhaltliche Formung verdankte sich zunächst dem Zusammenspiel und der Konkurrenz sowjetischer Einflüsse, kommunistischer Parteitraditionen und des marxistisch-leninistischen Lehrgebäudes; bei seiner Ausgestaltung wirkten Hochschullehrer und außeruniversitäre Forscher ebenso mit- und gegeneinander wie Parteihistoriker und Geschichtsfunktionäre, gelegentlich unter Ulbricht sogar die Parteiführung selbst. Das so gewonnene und beständige Anpassung an neue Erfordernisse unterliegende Geschichtsbild wurde über Funk und Fernsehen, über Gedenktagsrituale und Auftragskunst, über Pressear-

5 Die Unterscheidung zwischen einer „öffentlichen“ und einer „privaten Realität“ reflektiert auf die spezifische Doppelbödigkeit in Sprache, Denken und Handeln, wie sie für oktroyierte Diktaturen des sowjetischen Typs kennzeichnend ist.

6 Plessner, Zur deutschen Ausgabe, S. XV.

7 Michel Foucault, Die Ordnung der Dinge, Frankfurt a. M. 1974, S. 23. Foucaults berühmtes Beispiel war „eine gewisse chinesische Enzyklopädie“, der zufolge „die Tiere sich wie folgt gruppieren: a) Tiere, die dem Kaiser gehören, b) einbalsamierte Tiere, c) gezähmte, d) Milchschweine, e) Sirenen, f) Fabeltiere, g) herrenlose Hunde, h) in diese Gruppierung gehörige, i) die sich wie Tolle gebärden, k) die mit einem ganz feinen Pinsel aus Kamelhaar gezeichnet sind, l) und so weiter, m) die den Wasserkrug zerbrochen haben, n) die von weitem wie Fliegen aussehen“. Foucault kommentiert: „Bei dem Erstaunen über diese Taxinomie erreicht man mit einem Sprung, was in dieser Aufzählung uns als der exotische Zauber eines anderen Denkens bezeichnet wird – die Grenze unseres Denkens, die schiere Unmöglichkeit, *das* zu denken.“ Ebd., S. 17, Hervorhebung im Original.

tikel und Kulturbundveranstaltungen tagtäglich in die Bevölkerung getragen; es wurde durch persönliche Erfahrungen und tradierte Erinnerungen verstärkt und gebrochen, durch literarische und filmische Verarbeitungsmuster weitergetragen und nuanciert; es traf auf bauliche und geistige Zeugnisse der Vergangenheit, die in das Alltagsleben im SED-Staat hineinragten, und es begegnete schließlich der Deutungskonkurrenz einer anderen, westlichen Sicht auf die Vergangenheit, gegen deren tagtägliche Einflüsse die Mauer niemals hoch genug war.

Der Begriff „Geschichtskultur“ meint freilich mehr als die Vielfalt historiographischer Artikulationsformen und Prägungseinflüsse. Er verweist auf die immateriellen Rahmenbedingungen auch der ostdeutschen ‚Alltagswelt‘, auf das ideelle Bezugssystem, in dem die Aneignung der Vergangenheit in der verstaatlichten Gesellschaft des Realsozialismus sich vollzog, auf den – teils oktroyierten, teils sich selbständig bildenden – Sinnzusammenhang, in den sie eingebettet war, auf die Wahrnehmungsmuster und Ordnungskategorien, mit denen die zweite deutsche Gesellschaft Geschichte konstruierte und rekonstruierte.⁸ Dieses ‚Zwischenreich‘ von Einstellungen, Denkmustern und Erfahrungshorizonten läßt sich nicht mit isolierenden Analyseverfahren erschließen, die die realsozialistische Geschichtskultur auf einzelne Bestandteile reduzieren. So wichtig, ja unentbehrlich die jahrelange Debatte um Leistung und Versagen der DDR-Geschichtswissenschaft für die politische und moralische Selbstverständigung der deutschen Vereinigungsgesellschaft war, so unfruchtbar war sie wissenschaftlich. Unversöhnlich und doch mit gleichem Recht prallten in ihr immer aufs Neue der Glaube an den guten Anfang, die antifaschistische Grundüberzeugung und die solide Einzelforschung im einen Lager und die Empörung über die vielen „weißen Flecken“, das Denken in der fünften Grundrechenart (Christoph Hein) und die ideologische Lenkung im anderen aufeinander – und maßen doch beide die ostdeutsche Vergangenheitsverwaltung zwischen 1949 und 1989 unreflektiert am Grad einer Übereinstimmung mit „bürgerlichen“ Maßstäben und Verfahren der Geschichtserkenntnis, von denen sich das sozialistische Geschichtsbild selbst radikal abgegrenzt hatte. Um die Funktionsmechanismen und Geltungskräfte einer anderen „Seinsweise der Dinge“ nicht durch Überstülpfung des vertrauten, eigenen Bezugssystems unkenntlich zu machen, müssen wir uns von dem Glauben an die universale *Geltungskraft* des westlichen Geschichtsverständnisses verabschieden, so selbstverständlich es uns in der institutionalen Ordnung und in den (aus der Binnensicht) gleichsam ‚natürlich‘ gebildeten Wertmustern der eigenen Vergangenheitsaneignung auch erscheinen mag und so sehr wir an seinem legitimen *Geltungsanspruch* festhalten mögen. Vielmehr gilt es, das kulturelle Gedächtnis einer diktatorisch verfaßten Gesellschaft so zu untersuchen, daß die hinter ihr stehende symbolische Sinnwelt erkennbar wird, also die Bezugsordnung, die den Ereignissen der Vergangenheit ihren Platz anwies und die Modi der historischen Aneignung institutionalisierte, um so die Geschlossenheit, die Plausibilitäts-

8 Auf diese vielleicht dem literarischen Empfinden deutlichere Tiefenschicht der kulturellen Kategorie Geschichte kam es Elfriede Jelinek an, als sie auf die besondere Prägung einer Schriftstellerin wie Christa Wolf hinwies; „denn sie ist in einer ordentlichen Gesellschaft aufgewachsen, in der die Geschichtlichkeit eben auch das Kommende gefälligst zu entwerfen hatte, das war so Vorschrift: Man hatte sich Geschichte als eine Kraft zu denken, die wirkt und etwas bewirkt. Für uns ‚Westler‘ hingegen war Geschichte etwas, das wir in der Schule gelernt haben und nicht einmal sehr gründlich.“ Zit. n. Der Tagespiegel, 18.3.1999.

struktur, kurz: die Legitimation einer alternativen historischen Wirklichkeitsbestimmung zu verbürgen.⁹

Sinnwelten sind primär sprachlich vermittelt. Sprache objektiviert die Welt, „indem sie das ‚Panta Rhei‘ der Erfahrung in eine kohärente Ordnung transformiert. Durch die Errichtung dieser Ordnung *verwirklicht* die Sprache eine Welt in doppeltem Sinne: sie begreift sie und erzeugt sie.“¹⁰ Analytische Schlüsselfunktion kommt in dem hier abgesteckten Untersuchungsfeld dem in der Tradition von Michel Foucault entwickelten Diskursbegriff zu. Er ermöglicht es, die „konstruierte Natürlichkeit“¹¹ einer im nachhinein oder aus der westlichen Außenperspektive fremden historischen Sinnwelt in ihren einzelnen Schichten und Vermittlungsebenen zu beschreiben, ohne zwischen der Skylla einer methodischen Übernahme der untersuchten Sinnwelt und der Charybdis ihrer methodischen Verdrängung zu zerschellen. Dieser Diskursbegriff teilt, wie offenbar nicht deutlich genug betont werden kann, mit dem von Jürgen Habermas entwickelten Verständigungsideal nichts als den Namen.¹² Darum verniedlicht er keineswegs im Rückblick die Gewalt der Diktatur zur Harmlosigkeit der Diskussion. Der hier verwandte Diskursbegriff bezieht sich gerade nicht auf die ethische Utopie einer „idealen Sprechsituation“¹³, auf das aufklärerische Konzept des herrschaftsfreien Miteinanderredens im Interesse einer rationalen Konsensbildung, sondern auf das „gesamte Ensemble einer speziellen Wissensproduktion“, also auf die Inhalte, Institutionen und Regeln der Sammlung, Verarbeitung und Weitergabe von Wissen über die Vergangenheit; er faßt die Menschen weniger als Subjekte denn als Objekte, nicht als Schöpfer, sondern als Geschöpfe ihrer Redeweisen. Dieser Begriff des Diskurses als einer „Praxis, die bestimmten Regeln gehorcht“¹⁴, dient in unserem Fall der umfassenden Beschreibung der sprachlichen und medialen Macht einer ideologisierten Form der Repräsentation von Ver-

9 „Legitimation ‚erklärt‘ die institutionale Ordnung dadurch, daß sie ihrem objektivierten Sinn kognitive Gültigkeit zuschreibt. Sie rechtfertigt die institutionale Ordnung dadurch, daß sie ihren pragmatischen Imperativen die Würde des Normativen verleiht. [...] Jetzt jedoch werden *alle* Ausschnitte der institutionalen Ordnung in ein allumfassendes Bezugssystem integriert, das eine Welt im eigentlichen Sinn begründet, weil *jede* menschliche Erfahrung nun nurmehr als etwas gedacht werden kann, das *innerhalb* ihrer stattfindet.“ Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion, S. 101ff.; Hervorhebungen im Original.

10 Ebd., S. 164.

11 Der Begriff stammt von Helmuth Plessner, Die Stufen des Organischen und der Mensch, Berlin ²1965, S. 334f.

12 Insofern beruhen die verbreiteten Reserven gegen diskursgeschichtliche Interpretationsansätze schlicht auf einem Mißverständnis. Vgl. beispielsweise das Urteil von Rainer Eckert („Hier erhebt sich die Frage, ob ein an herrschaftsfreier Verständigung orientierter Diskursbegriff auf eine kommunistische Diktatur überhaupt anwendbar ist“) und Ilko-Sascha Kowalczuk („Denn sofern man Parteidisziplin, Parteiwille, Parteiengagement und die Rolle der SED als Ersatzkirche vernachlässigt, kann man schnell dazu kommen, *Diskurse* innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft analysieren zu wollen“): Rainer Eckert, „Anormale Normalwissenschaft“ oder Herrschaftslegitimierung? Zur Interpretation der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 131f., hier S. 132; Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR-Geschichtswissenschaft 1945 bis 1961, Berlin 1997, S. 317 (Hervorhebung im Original).

13 Jürgen Habermas, Wahrheitstheorien, in: Helmut Fahrenbach (Hg), Wirklichkeit und Reflexion. Walter Schulz zum 60. Geburtstag, Pfullingen 1973, S. 257f.

14 Michel Foucault, Interviewäußerung 1969, zit. n. Peter Schöttler, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1997) 1, S. 134–151, hier S. 139. Ebd., S. 138ff., auch eine prägnante Gegenüberstellung der unterschiedlichen Diskursbegriffe von Habermas und Foucault.

gangenheit. Er umfaßt nicht nur Texte und schon gar nicht allein den im engeren Sinn wissenschaftlichen Beitrag zum Geschichtsbild, sondern die Erörterung der Vergangenheit schlechthin, wie sie beispielsweise in der Apodiktik eines Parteireferats genauso zum Ausdruck kommen wie in der akademischen Disputation über eine Dissertation, im weitschweifigen IM-Bericht eines Geschichtslehrers ebenso wie im beredten Schweigen eines Institutsdirektors, im antifaschistischen Erinnerungstext eines Autors wie in der bloß „durchstellenden“ Anordnung eines Parteisekretärs, in einer Gedenktagsendung des Hörfunks wie in der Schnitttechnik eines historischen Spielfilms.

„Meinungsaustausch“ und „Diskussion“, im Alltagsverständnis oft mit „Diskurs“ gleichgesetzt, stellen von daher lediglich Sonderfälle des Geschichtsdiskurses dar, der in der hier zugrunde gelegten Bedeutung des Begriffs im weitesten Sinne alle verbalen und non-verbalen Formen der Verständigung über die Vergangenheit in einer gegebenen Zeit und Gesellschaft repräsentiert. Nicht allein seine materiellen Inhalte machen in diesem Verständnis den Diskurs einer Gegenwart über ihre Vergangenheit aus, sondern ebenso seine den Beteiligten in der Regel weit weniger bewußten Regeln und Strukturen, also die formale Ordnung, in der historisches Wissen organisiert und präsentiert wird. Immer bleibt auch in diesem Sinne der Diskursbegriff an Sprache geknüpft, aber an ein Konzept von Sprache, die, mit Wilhelm von Humboldt zu sprechen, ebenso *Ergon* ist wie *Energeia*¹⁵, nicht weniger Produkt als ebenso Produzentin historischen Denkens. Indem der diskursgeschichtliche Untersuchungsansatz nicht nur danach fragt, *was* die Menschen, sondern auch, *wie* sie über die Vergangenheit denken, versucht er der theoretischen Grundannahme gerecht zu werden, daß der Geschichtsdiskurs ein flüchtiges Gebilde ist, das eine Denkgemeinschaft tagtäglich aufs neue erzeugen muß und das ihr doch gleichzeitig als diejenige Macht entgegentritt, die ihr vergangenheitsbezogenes Denken in Bahnen lenkt und ihm Worte verleiht.¹⁶

Auch für das „sozialistische Geschichtsbild“ in der DDR gilt, daß historische Texte und fachliche Auseinandersetzungen ebenso wie Anweisungen des Kulturministeriums an die Verlage oder publizistische Debatten in den Literaturzeitschriften der DDR selbst dann auf sprachliche Vermittlung angewiesen waren und – freilich sehr spezifischen – argumentativen und Verfahrensregeln folgten, wenn sich hinter ihnen allein machtpolitische Entscheidungen, wirtschaftliche Zwänge oder die Wirkung institutioneller Rahmenbedingungen verbargen. Der Diskursbegriff erlaubt es, die in der bisherigen Auseinandersetzung mit der intellektuellen Hinterlassenschaft der DDR oft unverbunden nebeneinander herlaufenden kultur- und diktaturgeschichtlichen Untersuchungsperspektiven zusammenzuführen, indem er die Wirklichkeit einer primär staatlich oktroyierten Sicht auf die Vergangenheit in ihrer doppelten Rolle als objektivierte Macht und subjektives Erzeugnis zu erfassen unternimmt. Der diskursgeschichtliche Untersuchungsansatz konzentriert sich auf die sprachliche Ver-

15 „Die Sprache, in ihrem wirklichen Wesen aufgefaßt, ist etwas beständig und in jedem Augenblick Vorübergehendes [...], ist kein Werk (Ergon), sondern eine Tätigkeit (Energeia).“ Wilhelm von Humboldt, Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluß auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts, in: ders., Werke, hg. v. A. Leitzmann, Berlin 1920, Bd. 7, S. 1–344, vgl. 45f.

16 Auch hier läßt sich an Humboldt anschließen, der unter dem energetischen Charakter der Sprache das Verfahren verstand, über das jede Sprache „mit der ihr einwohnenden Kraft“ die Welt als „das allen gemeinschaftlich vorliegende Gebiet in das Eigenthum des Geistes umzuschaffen“ trachtet. Wilhelm von Humboldt, Über den Nationalcharakter der Sprachen, in: ebd., 4, S. 420. Immer noch anregend in diesem Zusammenhang: Leo Weisgerber, Zum Energeia-Begriff in Humboldts Sprachbetrachtung, in: Wirkendes Wort 4 (1954), S. 571–579.

mittlung zwischen dem diktatorischen Gestaltungsanspruch der sozialistischen Herrschaft und den ihm unterworfenen Menschen, auf die Funktionsmechanismen und auf die Grenzen einer versuchten Verstaatlichung der Gesellschaft. Ohne ideologische Verführung und politische Unterdrückung auszublenden, macht er die sozialistische Diktatur als ein ‚Diskursgefängnis‘ sichtbar, dessen Mauern im Laufe der Jahre hoch genug wurden – oder schienen –, um Handelnden wie Leidenden, Opfern wie Tätern ein Entkommen nachhaltig zu erschweren oder gar zu verbieten.

Wie die folgenden Analysen des vorliegenden Bandes zeigen, eröffnen sich innerhalb des diskursgeschichtlichen Untersuchungsrahmens ganz unterschiedliche Zugänge zur Historiographie des SED-Staates. Ihnen gemeinsam ist aber eine Auffächerung in verschiedene Diskursdimensionen, die gleichsam von der Oberfläche bis in die Tiefenstruktur des sozialistischen Geschichtsbildes reichen. An erster Stelle steht natürlich die materielle Seite des Geschichtsdiskurses, also das Ensemble der Inhalte und Leitbilder, die das geschichtliche Denken in der DDR bestimmten. Auf dieser Ebene der sichtbaren Produkte erfaßt die diskursgeschichtliche Analyse die Arbeitsgebiete und Fragestellungen der Geschichtswissenschaft, die gültigen Deutungsmuster und Großtheorien der historischen Meistererzählung im Sozialismus von der ‚Miseretheorie‘ bis zum ‚Erbe-Traditions-Paradigma‘ und genauso deren ideologisches Fundament, also das erstarrte Denkgebäude eines dogmatisierten Geschichtsmaterialismus. Zur ‚stofflichen‘ Seite der Geschichtskultur zählen des weiteren die verordneten Deutungsvorgaben des Parteiapparats, besonders aber der autorisierten Lehrbuchtexte zur Nationalgeschichte und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und natürlich die historischen Sinnstiftungsmythen, mit deren Hilfe das ‚kommunikative‘ durch das ‚kulturelle Gedächtnis‘ in der – dem Anspruch nach – verstaatlichten DDR-Gesellschaft überformt wurde.¹⁷

Eine zweite Dimension des staatssozialistischen Geschichtsdiskurses bilden die beispielsweise in einem Rundfunkfeature zum 8. Mai 1945, in einem Zeitungsartikel zu Napoleon Bonaparte und in einem DEFA-Film zum Zweiten Weltkrieg nicht mehr erkennbaren Umstände ihrer Entstehung. Diese dem Außenbetrachter abgekehrte Seite des Geschichtsdiskurses umfaßt die einzelnen Stufen der Produktion und Distribution historischen Wissens, aber auch die Modi der fachinternen Verständigung innerhalb der Geschichtswissenschaft, die institutionellen Mechanismen zur Steuerung historischer Erkenntnisbildung und das vielschichtige Instrumentarium der politischen Kontrolle im Geschichtsdiskurs.

Als dessen dritte Dimension heben sich die grundlegenden Wertbindungen und sozialmoralischen Institutionen ab, die das Bild der Vergangenheit in der DDR bestimmten, so beispielsweise die Utopie des sozialistischen Neuaufbaus, die Legitimationskraft eines kanonisierten Antifaschismus, die polarisierende Identitätsbildung im deutsch-deutschen Systemkonflikt und der generationelle Wandel von der ‚Remigrantengeneration‘ über die ‚HJ-

17 Das Verdienst, Jan Assmanns Unterscheidung zwischen dem kommunikativen (Generationen-)Gedächtnis der zeitgenössischen Individuen und dem institutionalisierten kulturellen Gedächtnis einer sozialen Gemeinschaft auf die Prägung und Vermittlung politisch-historischer Mythen in der DDR bezogen zu haben, kommt Herfried Münkler zu: Herfried Münkler, Politische Mythen der DDR, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1996, Berlin 1997, S. 123–156; ders., „Das kollektive Gedächtnis der DDR“, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteauftrag: Ein Neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1996, S. 458–468, und ders., Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45 (1998), S. 16–29.

Generation“ hin zur „FDJ-Generation“ mit seinen charakteristischen Veränderungen im generationellen Habitus.

Eine vierte Dimension des Diskursbegriffs schließlich richtet sich auf das Ensemble der vergangenheitsbezogenen Wahrnehmungsmuster und Denkgewohnheiten, die sich als Tiefenschichten historischer Repräsentation definieren lassen und dadurch auszeichnen, daß sie sich anders als die stoffliche Oberfläche des Geschichtsbildes der individuellen Reflexion und Bewußtmachung weitgehend entzogen. Sie waren es, die die unsichtbare Rahmenordnung des historischen Denkens samt den in ihr gültigen Normen zur Entscheidung über wahr oder unwahr, authentisch oder künstlich, plausibel oder unplausibel definierten und dadurch den Umgang mit der Vergangenheit in der sozialistischen Diktatur ordneten, dem historischen Herrschaftsdiskurs seine ‚anomale Normalität‘ verliehen.¹⁸

Herrschaftsdiskurs und Diskursherrschaft

Die Geschichtskultur der DDR war so wenig wie jeder andre Bereich des sozialen Lebens in der DDR staatlichem Zugriff entzogen; die Deutungshoheit über die Geschichte spielte eine zentrale Rolle in der Legitimation einer Herrschaft, die sich weder dem Mehrheitswillen der Bevölkerung noch dem Charisma ihrer Führung und nur in geringem Maße ihren wirtschaftlichen oder politischen Erfolgen verdankte, sondern vor allem auf den notwendigen Gang der Geschichte und die behauptete Erkenntnis ihrer Bewegungsgesetze berief. Der ungeteilten Herrschaft auch über die Geschichte galt die besondere Sorge und Fürsorge der SED, die das sozialistische Geschichtsbild durch direkte Steuerung wie durch indirekte Kontrolle, durch unmittelbaren Politbüro-Entscheid wie durch die unzähligen Kanäle ihrer Herrschaftspraxis zu formen versuchte. Das gesellschaftliche Gespräch über die Vergangenheit war bis zum letzten Tag der SED-Diktatur immer ein herrschaftlich inszeniertes Gespräch, und die Öffentlichkeit, in der es stattfand, eine gelenkte Öffentlichkeit. Die Sinnhorizonte und Wirklichkeitsbestimmungen, die Paradigmata und Leitbilder der Aneignung von Geschichte entwickelten sich in ihr primär nicht spontan, sondern gesteuert – wie weit Intention und Realität auch immer auseinanderfallen mochten. So sehr der historische Diskurs auch in einer *zone de non-pensé*¹⁹ von Gewohnheiten, Voreinstellungen und Ordnungen wurzelte, die *allen* Akteuren – gleichviel ob mächtig oder ohnmächtig – allenfalls fragmentarisch bewußt waren, spielte er sich doch in einer politisch gezielt konstruierten Gesellschaft ab; er war immer „Herrschafts-Diskurs“. Die innere Widersprüchlichkeit dieser Wort-schöpfung ist absichtsvoll. Der Terminus soll auf die Ambivalenz einer Vergangenheitsverständigung aufmerksam machen, die gesteuert war, ohne in der Steuerung aufzugehen, oder

18 Die strukturellen Ordnungsmuster diskursiven Aprioris einer Denkgemeinschaft erfassen am besten Begriffe wie „Diskursordnung“ (Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a. M. 1991) bzw. „diskursive Formation“ (Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a. M. 1973, S. 48ff.), während sich zur Kennzeichnung des allen Spezialdiskursen einer Diskursgemeinschaft gemeinsamen Reservoirs an Kollektivsymbolen und diskursiven Elementen der Terminus „Interdiskurs“ eingebürgert hat. Vgl. etwa Schöttler, *Wer hat Angst*, S. 140.

19 Ralf Konersmann, *Der Philosoph mit der Maske*. Michel Foucaults *L'ordre du discours*, in: Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, S. 63.

besser: die Steuerer und Ruderer an dasselbe Boot fesselte und bis hin zum Rollentausch aneinanderrücken ließ.²⁰

Der Begriff „Herrschaftsdiskurs“ zielt auf die mit verbindlichen Denkmustern, Deutungskonzepten und Ausgrenzungen besetzten Verständigungsebenen über die Vergangenheit in der DDR, die vor allem von den ideologischen Normen und politischen Ansprüchen der sozialistischen Diktatur bestimmt war. Er wandelt die von Michel Foucault geprägte Begriffsbedeutung des Diskurses insofern ab, als er einer politischen Instanz, nämlich der herrschenden Einheitspartei, eine relative Macht *über* den historischen Diskurs zuschreibt, und er nähert sich Foucault wieder, indem er die – auch reflexiven – Wirkungen dieser Macht auf Herrscher und Beherrschte *im* Diskurs der Doktringesellschaft DDR thematisiert. Der Begriff „Herrschaftsdiskurs“ versucht die Struktureigentümlichkeiten eines geschichtsbezogenen Aneignungs- und Verständigungsprozesses zu fassen, der ideologische und ästhetische Ansprüche, individuelle und allgemeine Interessen, objektive Erkenntnis und politischen Nutzen miteinander harmonisch zu versöhnen vorgab. In ihm waren neben weltanschaulichen Grundpositionen auch spezifische Denkraster und Wahrnehmungsgewohnheiten kanonisiert und zu einem sich als geschlossen verstehenden Wahrheitskonstrukt verbunden, das den gedanklichen Handlungsrahmen der Akteure und die „Spielregeln“ der Vergangenheitsaneignung festlegte. Erst innerhalb dieses Diskurses, so lautet die dem hier vorgestellten Deutungsansatz zugrundeliegende These, vermochten die legitimatorischen Strategien des SED-Regimes ihre Überzeugungskraft zu entfalten, konnten fremde Traditionen und äußere Einflüsse erfolgreich ausgegrenzt, widerständige Denkweisen ihrer Stimme beraubt und als Übertritt in das Lager „des Gegners“ disqualifiziert werden, so daß die Teilhaber dieser Sinnwelt gegen jede von außerhalb kommende Kritik zum Beispiel an der augenfälligen Tabuisierung historischer Fragen und an der empirischen Fragwürdigkeit geschichtlicher Traditionsbildung von vornherein immunisiert waren.

Die analytische Chance dieses auf die Untersuchung einer modernen Diktatur bezogenen Diskursbegriffes liegt darin, die über sechzigjährige Existenz einer „gebundenen Historiographie“ in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten nicht nur als permanenten Ausnahmezustand, sondern in ihrer (fremden) Normalität zu betrachten und hieraus Aufschlüsse über Entstehung und Wandel von politischer Akzeptanz in sozialistischen Diktaturen zu gewinnen. Damit bietet sich zugleich eine Aussicht, über den aus wissenschaftstheoretischer und wissenssoziologischer Sicht naiven Wahrheits- und Realitätsbegriff hinauszukommen, der beispielsweise die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft noch vielfach kennzeichnet. Der diskursgeschichtliche Untersuchungsansatz erlaubt vielmehr, die Geltungskraft und die Geltungsgrenzen eines Denksystems zu rekonstruieren, das den Begriff der historischen Wahrheit wie die Prozeduren ihrer wissenschaftlichen Gewinnung in systemspezifisch veränderter Weise füllte.²¹

20 Nicht umsonst ist eine klare Abgrenzung zwischen Historikern und Funktionären in der DDR kaum möglich: Ulbricht, der sich selbst als „Historiker im dritten Beruf“ bezeichnete, nahm seine Rolle als auch fachlicher Leiter des Autorenkollektivs für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überaus ernst, wie nicht nur die von ihm sorgfältig durchgearbeiteten Textentwürfe zeigen; Kurt Hager wurde über viele Jahre als Autor des Lehrbuchs der deutschen Geschichte geführt, und die administrativen Führungsfunktionen in der Deutschen Akademie der Wissenschaften ebenso wie im Geschichtssektor des ZK-Apparates wurden von Funktionären eingenommen, die regelmäßig aus der Fachwissenschaft kamen oder später wieder in sie zurückgingen.

21 Gegen die vermeintlich exotisierende Verfremdung dieses Deutungsansatzes ist ein kritischer Einwand geltend gemacht worden, der auf der strukturellen Vergleichbarkeit der Historiographien in Ost und

Damit ist innere Differenzierung keineswegs ausgeschlossen. Gerade aus diskursgeschichtlicher Perspektive ergibt sich die Möglichkeit, die unterschiedlichen Ebenen der sprachlichen, filmischen und massenmedialen Verständigung über Vergangenheit unter der SED-Diktatur präziser voneinander zu scheiden und gleichzeitig in ihrem Zusammenspiel zu betrachten. So kann die zeitliche Entwicklung des Geschichtsdenkens in der sozialistischen Diktatur auf neue Weise nachgezeichnet werden, ohne sie unmittelbar in ihr fremden und sie daher verzerrenden Denkkategorien zu erfassen und entweder auf die „Verfallsgeschichte“ einer tradierten seriösen Historiographie oder aus gegenteiliger Sicht auf die „Emanzipationsgeschichte“ einer politisch unterdrückten Geschichtskultur zu verengen. Denn nicht immer besaß der historische Herrschaftsdiskurs in der DDR auch die unbeschränkte Diskursherrschaft. Sie fiel ihm in einem mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nehmenden Umgestaltungsprozeß zu, der der SED erst nach dem Ende des „Tauwetters“ 1956/57 die volle Definitionsgewalt über die Vergangenheit einbrachte und die konkurrierende Deutungsmacht einer anderen historischen Sinnwelt gänzlich – und im wörtlichen Sinne – des Landes verwies bzw. als marginalisierte Reste innerhalb der DDR ausgrenzte. Ebenso aber verlor der Herrschaftsdiskurs in der Geschichte, der sich etwa in der eingangs zitierten Historikerberatung von 1958 manifestierte, seine unbeschränkte Diskursherrschaft auch wieder im Laufe eines Erosionsprozesses, der sich in den achtziger Jahren vollzog. Seine schleichende Auflösung ordnet sich ein in die finale Krise der staatssozialistischen Herrschaft, die ebenso von dem Verlust der außenpolitischen Bestandsgarantie wie von dem fortschreitenden Zerfall der inneren Identifizierung der DDR-Bürger mit ihrem System genährt wurde.²²

West zwischen 1945 und 1990 beharrt. (Wolfgang Küttler, Das Historismus-Problem in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Otto Gerhard Oexle/Jörn Rüsen (Hg.), Historismus in den Kulturwissenschaften. Geschichtskonzepte, historische Einschätzungen, Grundlagenprobleme, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 239–262; Matthias Middell, Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren, in: Iggers u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft, S.159–204) und über den analytischen Chancen nicht die polarisierende Wirkung des ‚ethnologischen Blicks‘ übersehen wissen will: „Bekannt man sich wie Martin Sabrow aber gleichzeitig zu einem universalen Wissenschaftsbegriff, wird klar, daß dieses Fremde in der heutigen Wissenschaft nichts zu suchen hat und sein Verschwinden nur allzu natürlich ist. Sabrow inszeniert die DDR-Historiker als Fremde – als Exoten, die ihren Stammesriten folgten. Man kann sie, wenn nicht bewundern oder verachten, doch bestaunen – das Fremde bleibt befremdlich, sein Platz ist in einer abgeschlossenen Vergangenheit – jenseits unseres Heute. Die Fremden aber dürfen sich einfühlend verstanden fühlen – oder vorgeführt.“ Ralf Possekel, Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998) S. 446–462, hier S. 447. Fraglos neigt jede theoretisch-methodische Öffnung einer neuen Forschungsperspektive zu Überspitzungen, um sich gegen bisher gewohnte Sichtweisen zu behaupten. Wer aber die oft bizarre Andersartigkeit oder gar das Verschwinden ‚der‘ DDR-Geschichtswissenschaft als eigenständiger parteimarxistischer Fachdisziplin ernstlich den Resultaten einer angeblich exotisierenden Analyse ihres Wissenschaftscharakters zur Last legen will, verwechselt Ursache und Folge. Die spezifische Andersartigkeit des historischen Diskurses in der DDR bewahrt sich im Gedächtnis der überlieferten Akten zuverlässiger als in der späteren Erinnerung ihrer einstigen Produzenten, und die Auflösung des ‚sozialistischen Geschichtsbildes‘ vollzog sich bereits weit vor der institutionellen Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, nämlich mit dem Zusammenbruch der ‚öffentlichen Realität‘ der SED-Diktatur im Herbst und Winter 1989.

22 Ein anschauliches Beispiel für die Auflösung der „innere[n] Identität auch der leitenden Kader“ bietet Hans Hermann Hertle, „Es war offen, wie die Grenzer reagieren würden“. Gespräch mit dem West-

Es steht zu hoffen, daß auf diese Weise vielleicht überzeugender als mit Hilfe der bekannten diktaturtheoretischen Erklärungsmodelle ein Zugang zu dem Prozeß der „Veralltäglichen“ von Herrschaft gefunden werden kann, der den SED-Staat im „Spätsozialismus“ kennzeichnete, zu dem Hinübergleiten der diktatorischen Herrschaft in eine Zwischenzone zwischen Zwang und Freiheit, die in einem freilich jeweils genauer zu bestimmenden Maß weniger auf propagandistischer Verführung oder diktatorischer Bedrohung als auf die Macht einer politisch konstruierten Wirklichkeit in ihrer ausweglosen Geschlossenheit aufgebaut war.

Konturen der historischen Sinnwelt im Realsozialismus

Wie war nun die Bestimmung der geschichtlichen Wirklichkeit unter kommunistischer Herrschaft beschaffen? An kaum einem anderen Beispiel läßt sich ihre Struktur klarer herausarbeiten als an dem der DDR; in keinem anderen Land des sowjetischen Machtbereichs wurde das Projekt eines neuen Geschichtsdenkens über vier Jahrzehnte in vergleichbarer Konsequenz betrieben, und kein weiteres unter ihnen hatte wie die DDR mit einer systemfeindlichen Geschichtskonkurrenz zu rechnen, die mit ihr ebenso die Sprache teilte wie die kulturelle Tradition und zumindest bis in die sechziger Jahre auch das Verständnis, zu einer gemeinsamen Nation zu gehören. Nicht zuletzt der Zwang, unter diesen Bedingungen eine eigene Identität zu entwickeln, verlieh der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft ihre besondere und charakteristische Geschlossenheit. Einige der Grundzüge, die die Eigenart der verwalteten Vergangenheit in der DDR unterhalb der Ebene aller inhaltlichen und auch weltanschaulichen Fragen ausmachten, die also die subkutane Struktur ihrer Sinnwelt definierten, sollen im folgenden thesenhaft umrissen werden.

Das wohl entscheidende Spezifikum der ostdeutschen Historie lag in der konstitutiven Aufhebung der Trennlinie zwischen Politik und Geschichte, in der gleichzeitigen Verwissenschaftlichung von Politik und Politisierung von Wissenschaft. Sie stellte auch in der erwähnten Beratung von 1958 die selbstverständliche Bedingung einer nur aus der Distanz seltsamen Verständigung von Professoren und Parteifunktionären über die Historie dar – von der autoritativen Funktion des von Ulbricht höchstpersönlich gehaltenen Redebeitrags bis zu dessen formaler Unterordnung unter die vorangegangenen Hauptreferate der Fachnestoren Stern und Engelberg. Zu Unrecht ist der offiziellen DDR-Geschichtswissenschaft vorgeworfen worden, daß sie sich für die Interessen des SED-Regimes habe instrumentalisieren lassen: Sie war im Kern eine nicht-autonome Disziplin, sie verstand sich bewußt als politische Wissenschaft und diesen Grundzug auch als Vorzug gegenüber einer westlichen Disziplin, die aus bürgerlicher Befangenheit – und zu ihrem eigenen Schaden – ihre ‚objektiven politischen Bindungen‘ weder zu erkennen noch zu nutzen vermöchte. Aus einem pluralen Wissenschaftsverständnis heraus argumentierende Untersuchungsansätze tun sich schwer, die proklamierte Zusammenführung von Wissenschaft und Politik anzuerkennen; zahlreich sind die Versuche, nach Bruchlinien zwischen ihnen zu fahnden, Gegensätze zwischen Partei- und Universitätshistorikern, Wissenschaftlern und Funktionären, Fach und

Berliner Polizeipräsidenten a. D. Georg Schertz über den Fall der Mauer, in: *Deutschland Archiv* 29 (1996), S. 717–722, hier S. 722.

Partei zu ermitteln. Gewiß gab es diese Gegensätze. Aber sie wurden auf dem Boden eines Geschichtsverständnisses ausgetragen, das dem Anspruch nach historische Wissenschaft und politisches Handeln miteinander verschmolz, das die historische Erkenntnis zur Waffe im Klassenkampf und die Politik der SED-Führung für wissenschaftlich erklärte: „Die Trennung von Politik und Wissenschaft, die wir noch bei den Genossen Historikern vorfinden, muß überwunden werden“, dekretierte der Abteilungsleiter Wissenschaften des ZK in den sechziger Jahren und formulierte damit eine für den historischen Herrschaftsdiskurs der DDR zentrale Grundlage, deren ubiquitäre Gültigkeit eine niemals restlos durchgesetzte und niemals aufgegeben Norm der DDR-Geschichtswissenschaft bildete.²³ Dieselbe Argumentation, wie sie hier ein hochrangiger Parteifunktionär entwickelt, läßt sich auch in der fachinternen Selbstverständigung auf der untersten Ebene wissenschaftlicher Alltagspraxis wiederfinden, wie besonders eindrucksvoll die zahllosen Fachgutachten zeigen, die im Fachleben der DDR die fehlende Öffentlichkeit zu kompensieren hatten.

Aus einem pluralen oder – vor 1989 – westlichen Geschichtsbewußtsein heraus läßt sich diese Engführung gegensätzlicher Imperative nur als Unterordnungsverhältnis interpretieren. Im Selbstverständnis der Protagonisten war dies offenbar durchaus nicht so: Idealtypen standen im Diskurs der gebundenen Historiographie Politik und Wissenschaft weder in fester Hierarchie noch auch in permanenter Konkurrenz, sondern vor allem in wechselseitiger Befruchtung. Nur vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, daß in der kommunistischen Fachpraxis ZK-Beschlüssen wissenschaftliche Geltungskraft zukommen konnte²⁴, daß der Charakter der Novemberrevolution von 1918 oder die Datierung des Beginns der feudalen Verfallsperiode auf das Jahr 1400 im Politbüro entschieden wurden und politische Richtungswechsel als wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt erschienen, um nur einige Beispiele anzuführen. Dem diskursiven Anspruch nach besaß der Glaube an die rückstandslose Vereinbarkeit von Wissenschaft und Politik emphatische Kraft, und er nahm als Ideal einer parteilichen und gerade darum ‚wahrhaft objektiven‘ Historie ideologische Gestalt an. Die gleichwohl nie ausbleibenden Gegensätze zwischen den Forderungen der Wissenschaft und der Politik besaßen in diesem Denken keinen eigenständigen Raum; und falls sie dennoch auftraten, deuteten sie notwendigerweise auf akute individuelle Mängel in der Forschung und Lehre oder Schwächen in der ‚politischen Arbeit mit den Historikern‘, nicht aber auf strukturelle Widersprüche des kollektiven Geschichtsverständnisses oder gar auf die Unvereinbarkeit von Politik und Wissenschaft. Zugespitzt formuliert: Der historische Herrschaftsdiskurs der DDR eskamotierte den Konflikt zwischen Sein und Sollen in der Erschließung der Vergangenheit und bürdete die Vereinbarung des Unvereinbaren den Historikern selbst auf.

23 SAPMO-BA DY 30/IV A 2/9.04/134, Johannes Hörnig über Aufgaben der Geschichtswissenschaft (nach September 1963).

24 „Eine Grundschwäche in der Arbeit vieler Historiker ist das falsche Verhältnis zu den Parteibeschlüssen. Genosse Walter Ulbricht hat auf dem 16. Plenum darauf hingewiesen, daß ein höheres Niveau in der wissenschaftlichen Arbeit und ihre enge Verbindung mit der Praxis unseres Kampfes erst gesichert wird, wenn nicht nur die Beschlüsse zur Kenntnis genommen werden, die die Historiker direkt ansprechen, sondern wenn **alle** Parteibeschlüsse schöpferisch und mit eigenen Gedanken systematisch durchgearbeitet werden, um aus ihnen Aufgaben für die eigene Arbeit abzuleiten. [...] Es ist auch ein großer Irrtum, zu glauben, daß es nur diejenigen Genossen betrifft, die auf dem Gebiet der neuesten Geschichte arbeiten. – Ein anschauliches Beispiel, daß Historiker die Parteibeschlüsse nicht als wissenschaftliche Dokumente auswerten und auch viel zu wenig neue Fragen aufwerfen, war die Herausarbeitung und Anwendung der nationalen Grundkonzeption.“ Ebd., Hervorhebung im Original.

Daß die historische Wirklichkeit der DDR in vieler Hinsicht anderen Regeln folgte, zeigt sich vielleicht am schlagendsten darin, daß sich auch der Wahrheitsbegriff der sozialistischen Historiographie nicht mit dem ihrer „bürgerlichen“ Konkurrenz gleichsetzen läßt. So sehr seit den siebziger Jahren auch im westlichen Geschichtsdenken der aus dem Historismus stammende Anspruch, der Geschichtsschreiber solle ‚zeigen, wie es eigentlich gewesen sei‘, als erkenntnistheoretisch naiv aufgegeben wurde, blieb es doch einem leninistischen Wissenschaftsverständnis vorbehalten, die Geltung historischer Tatsachen durch einen an die politische Nützlichkeit gebundenen Wahrheitsbegriff zu relativieren und der historiographischen Arbeit das Konzept einer Einheit von Parteilichkeit und Objektivität zugrunde zu legen. Gleichviel, ob es sich um ein Lehrbuch im universitären Proseminar oder um die Außendarstellung der Historikerkunft handelte, immer beharrten Fachhistoriker im Schluß mit Geschichtsfunktionären auf der „Klassennatur des Objekts und Subjekts der historischen Wirklichkeit“²⁵ und deklarierten sie die „Notwendigkeit der weltanschaulichen, politischen Parteilichkeit der marxistischen Geschichtswissenschaft als Voraussetzung und Bestandteil ihrer wissenschaftlichen Objektivität“.²⁶

Doch wieder würde man der Struktur dieser Sinnwelt nicht gerecht, wollte man die Verschmelzung von Parteilichkeit und Objektivität als bloße Überwältigung der Wissenschaft durch die Partei lesen.²⁷ Auch DDR-Historiker beriefen sich auf die Rankeanische Tradition der Quellenkritik²⁸, auch in der DDR konnten handwerklich unsaubere Arbeiten unter Berufung auf die Standards der Wissenschaft verrissen werden.²⁹ Nur besaßen diese Maßstäbe im historischen Herrschaftsdiskurs eben keine absolute Geltungskraft, sondern sie blieben gleichzeitig auch dem Kriterium der politischen Nützlichkeit unterworfen. Die *differentia specifica* zum westlichen Wahrheitsverständnis besteht darin, daß im Konfliktfall

25 Ernst Engelberg, Die Aufgaben der Historiker von 1964 bis 1970, in: ZfG 12 (1964), S. 388–402, hier S. 300.

26 Walther Eckermann/Hubert Mohr, Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin (O) 1964, S. 40.

27 Aufschlußreich für den Glauben an die Kongruenz von Wahrheit und Interesse ist etwa das Leitreferat, das Ernst Engelberg zur Gründung der (Ost-)Deutschen Historiker-Gesellschaft 1958 hielt: „Die Parteinahme für die Arbeiterklasse und das ihr entspringende Kämpfertum sind kein Hemmnis, sondern vielmehr Voraussetzung für die Erkenntnis der geschichtlichen Wahrheit: Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft ist bei der Arbeiterklasse und bei der Bourgeoisie grundlegend verschieden, weil sich deren Politik in *Ziel* und *Methode* grundlegend unterscheidet. [...] Die Bourgeoisie, schon frühzeitig in Klassenkämpfe mit dem Proletariat verwickelt, konnte also keine wissenschaftliche Lehre hervorbringen und gebrauchen, die zutiefst revolutionär war. [...] Aber die proletarische Politik, eben weil sie revolutionär, auf die Zukunft gerichtet ist, verlangt grundsätzlich eine möglichst getreue Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit. Die sozialökonomischen und politischen Veränderungen in der Entwicklung der Gesellschaft erfordern jedoch, daß das für die politische Praxis jeweils Wesentliche bei der historischen Darstellung in den Vordergrund rückt. Wir erforschen die Geschichte für die Arbeiterklasse und nicht für die Bourgeoisie. Aber solche ganz selbstverständlichen Rücksichtnahmen im einzelnen sind von untergeordneter Bedeutung gegenüber der grundsätzlichen, auch praktisch wirksamen Rücksichtslosigkeit in der Analyse und Darstellung der objektiv wirkenden Gesetze und Klassenkämpfe.“ Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung – Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG 6 (1958), S. 468–495, hier S. 472ff.

28 Gerhard Schilfert, Leopold von Ranke, in: Joachim Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Bd. 1: Die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Reichseinigung von oben, Berlin (O) 1969, S. 241–270, hier S. 246.

29 Vgl. zu diesem Komplex: Martin Sabrow, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis, in: ders. (Hg.), Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997, S. 35–65.

einem DDR-Historiker nicht die Vetokraft der Quellen zu Gebote stand. Forschungsergebnisse, die allein den Standards der historischen Quellenkritik genügten, konnten als „objektivistisch“, „faktologisch“ oder gar Flucht „in einen scheinwissenschaftlichen Empirismus und Positivismus“³⁰ abgetan werden, ohne daß dies einen Verstoß gegen die Regeln wissenschaftlicher Verständigung bedeutet hätte, solange sie nicht ebenso auch den Maximen der politischen Parteilichkeit entsprachen.

Dahinter stand ein Geschichtsdenken, das eine prinzipielle Kluft zwischen parteilicher und empirischer Wahrheit kategorisch ausschloß. Etwaige Differenzen, wie sie im Alltag historischer Forschung und Lehre permanent auftraten, stellten sich daher als ein individuell zu verantwortender Verstoß gegen die professionellen Regeln historiographischer Arbeit dar, der je nach Schwere durch fachinterne Prozeduren bereinigt oder aber zu einer Verstärkung der parteilichen Anleitung führen konnte. Aus dieser Perspektive war die DDR-Geschichtswissenschaft so sehr wie die künstlerische Aneignung der Vergangenheit Austragungsort eines permanenten Bemühens um Ausgleich zwischen unvereinbaren Maximen. Die nach 1989 entwickelten Typologien von Historikerverhalten vermitteln einen Eindruck der unterschiedlichen Strategien, über die Fachkollegen in der DDR versuchten, mit einem persönlich akzeptierten oder nur diskursiv vorgegebenen, aber jedenfalls unerreichbaren und zugleich unaufhebbaren Ideal wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit fertigzuwerden: auf der einen Seite der Typus des „Kaderhistorikers“³¹, der das tägliche Studium der Parteibeschlüsse für eine Grundbedingung wissenschaftlicher Arbeit hielt, auf der anderen der Nischenwissenschaftler, der durch Flucht in parteiferne Zonen der Vergangenheit seinen Freiraum zu wahren suchte. In der breiten Mitte aber fand sich die Mehrheit der DDR-Historiker, die die historische Wahrheit mit den Legitimationsinteressen der Einheitspartei zu vereinbaren suchen mußten, um nicht den Boden des wissenschaftlichen Diskurses zu verlassen. Im Konfliktfall half weder die Berufung auf die Aussage der Quellen noch auf die intersubjektive Glaubwürdigkeit der vertretenen Meinung, sondern allein das glaubhafte Eingeständnis, sich geirrt zu haben, um den Ausschluß aus der *scientific community* einer parteilichen Geschichtswissenschaft zu vermeiden.

Die Folge dieser geschichtlichen Konstruktionsnormen war eine eigentümliche Verwischung der Grenze zwischen Faktizität und Fiktionalität, die über den Bereich der wissenschaftlichen Betrachtung hinausreichte. In der verwalteten Vergangenheit des diktatorischen Sozialismus begegnen wir einem spezifischen Phänomen, das Hannah Arendt aus dem schrankenlosen, aber nie in der Vollendung zur Ruhe kommenden Durchdringungsanspruchs totaler Herrschaft ableitet, die sich ihrem Wesen nach, um zu bestehen, über jeden Widerstand hinwegsetzen und gegen jeden äußeren Einfluß immunisieren muß. Die Leistung, die sie dazu erbringen muß, bezeichnet Hannah Arendt in ihrem großen Versuch über „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ als die „Transformation der Tatsächlichkeit in

30 Rugard-Otto Gropp, Die Begründung des historischen Materialismus – eine Revolution in der Geschichtswissenschaft, in: Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, S. 203–216, hier S. 216.

31 In Anlehnung an den von Norbert Kapferer benutzten Begriff des „Kaderphilosophen“. Vgl. Norbert Kapferer, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Berlin 1990; Peter Ruben, Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Norbert Kapferer (Hg.), Innensichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994, S. 7–30.

die Fiktion“.³² In dieser Operation sieht sie das – durch Terror und Propaganda erzwungene – Zentralmoment totaler Herrschaft, und sie belegt ihre These etwa an den Geständnissen angeklagter Kommunisten während der Schauprozesse in der Stalinzeit oder in dem durch keine Nachricht aus Paris oder London zu erschütternden Stolz der Moskauer auf die Erfindung der U-Bahn durch Stalin. In unserem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Arendt ihren Ansatz in einer späteren Arbeit durch die auf Leibniz zurückgreifende Differenzierung von Tatsachen- und Vernunftwahrheit weiterentwickelte und nach einem Erklärungsansatz suchte, der die Dichotomie von Wahrheit und Lüge aufhebt: „Selbsttäuschung setzt immer noch die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit, zwischen Tatsachen und Erfindungen und damit einen Konflikt zwischen der Wirklichkeit und dem betrogenen Betrüger voraus, zu dem es jedoch in einem *vollständig entwirklichten Denken* gar nicht mehr kommt.“³³

Gewiß setzt Arendt in diesem Urteil so kurzschlüssig wie zeittypisch das westliche Wirklichkeitsbild mit „der“ Wirklichkeit gleich. Doch daß die Praxis der politischen Machtausübung in der SED-Herrschaft auch nach Maßgabe der in ihr geltenden Wirklichkeitsordnung Züge einer gezielten Realitätsverweigerung trug, zeigte sich unverstellt spätestens in der finalen Krise, als selbst das Politbüro ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Krisendaten war, der Regierungschef seinen westlichen Besuchern stolz den Jubel fähnchenschwingender FDJ-Trupps vorführte, die von einer umsichtigen Demonstrationsorganisation immer wieder zu erneutem Vorbeimarsch eingereicht wurden, und auch ein Überwachungsapparat von Orwellschem Ausmaß die Tiefe der Legitimationskrise des Herrschaftssystems nicht zu erkennen imstande war. Wie systemspezifisch die Grenze zwischen Faktizität und Fiktionalität verwischt werden konnte, lehrt im literarischen Bereich das Beispiel Stephan Hermlins, dessen biographische Retouchierungen nach 1989 im allgemeinen Verständnis als schlichte Fälschung und flagranter Verstoß gegen die ethische Norm der Wahrhaftigkeit erschienen, während dieselbe Konstruktion einer ‚Wunschbiographie‘ (Peter Weiss) im zeitgenössischen östlichen Bewußtsein systemnaher Eliten offenbar zuallererst eine Befreiung von untypischen Zufälligkeiten und eine Sichtbarmachung tieferer Wahrheit darstellte. Zwischen beiden Sinnwelten gab es keine Brücke, als die Biographie des Dichters 1996 Gegenstand einer heftigen Kontroverse wurde, in der Hermlins Widersacher Karl Corino seinen Angriff auf die Kraft der empirischen Fakten stützte und der Angegriffene seine Verteidigung auf die Deutungsmacht einer versunkenen Wirklichkeit. „Es gibt ein wahres Lügen“, versuchte er seinen Kritikern zu entgegnen³⁴, und enthüllte mit diesem im Sinnhorizont der Gegenwart nur absurden Satz den Kern einer anderen Diskursordnung, die Biographien nach substantiell anderen Maßstäben konstruierte, als sie außerhalb des realsozialistischen Machtbereichs galten.

32 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich 2¹⁹⁹¹, S. 614. Vgl. zu Arendts Analyse „jene[r] Verachtung für Wirklichkeit und Tatsächlichkeit in ihrer unendlich variierenden und nie einheitlich zu fassenden reinen Gegebenheit, die eines der hervorstechenden Merkmale der totalitären fiktiven Welt bildet“, auch ebd., S. 700ff.

33 Hannah Arendt, *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München 1972, S. 32f. (Hervorhebung im Original). Die „Erkenntnisschwierigkeiten in der Weltanschauungsdiktatur“ und die „Selbstimmunisierung der Gläubigen“ im diktatorischen Sozialismus erörtert auch die interessante Studie von Lothar Fritze, *Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus*, Köln/Weimar 1998.

34 Des Dichters „wahre Lügen“. Der Schriftsteller Stephan Hermlin über sein wechselvolles Leben im antifaschistischen Widerstand, in: *Der Spiegel* 1996, Nr. 41, S. 257–261, hier S. 257f.

Zu einem entscheidenden Charakterzug der historischen Wirklichkeit im Sozialismus wurde die Aufhebung der tradierten Trennlinie zwischen Faktum und Fiktion allerdings erst dadurch, daß sie auch den Bereich tangierte, der der klaren Unterscheidung zwischen Wahrheit und Erfindung im westlichen Verständnis überhaupt erst sein Existenzrecht verdankt: der historischen Wissenschaft. So machte die Gutachtenpraxis, der wie jede andere auch die historische Literatur unterworfen war, keinen kategorialen Unterschied zwischen wissenschaftlichen und populären, zwischen fiktionalen und non-fiktionalen Texten. Nicht nur für die Fachwissenschaft, sondern auch für die schöne Literatur fungierte das IML im Bedarfsfalle als Zensurbehörde, und es entschied über die „Richtigkeit“ eines Beitrags in der ZfG ebenso wie über die eines Romans oder eines Gedichtbandes – sofern nur Fragen der Arbeiterbewegung berührt waren. Ein anderes Verständnis für die Grenze zwischen wahr und nicht wahr wird sichtbar, wenn der Protokollband einer Tagung zur Novemberrevolution die vorgetragenen Stellungnahmen für den sozialistischen Charakter der Revolution zugunsten nachträglich entstandener Beiträge gegen ihren sozialistischen Charakter austauschte³⁵, wenn selbst Walter Ulbricht sich wie selbstverständlich dem „verantwortlichen“ Blick des Zensors unterwarf³⁶ und eine wissenschaftliche Edition seiner Reden vor dem Erscheinen im Licht der Gegenwartsinteressen ‚aktualisieren‘ ließ, oder wenn das Parteiministerium für Marxismus-Leninismus von einer „redaktionelle(n) Bearbeitung“ der Reden Wilhelm Piecks vor ihrer Veröffentlichung hingegen abriet und die Edition aufzugeben vorschlug, weil die „meisten dieser Arbeiten veröffentlicht sind“ und dadurch der „Gegner Möglichkeiten (erhielte), die Partei und ihre Politik anzugreifen“.³⁷ Eine spezifische Vermischung von Faktizität und Fiktionalität beleuchtet der vor seiner endgültigen Abgabe immer wieder umgeschriebene „Reisebericht“ eines DDR-Historikers, der die DDR-Geschichtswissenschaft aus der Begegnung mit dem „Gegner“ nie anders als siegreich hervorgehen ließ³⁸, und der Rollenwandel einer Satirezeitschrift, die zum denkbar unspöttischen Sachanwalt von Bürgereingaben an die Staatsführung wurde³⁹, oder der nicht abgeschickte und im Schreibtisch vergrabene Entwurf eines Leserbriefs an eine historische Zeitschrift, der nach seiner Entdeckung als öffentliche Plattform des Revisionismus zum Gegenstand langwieriger Parteauseinandersetzungen wurde⁴⁰: In der Materialisierung des Irrealen findet die Fiktionalisierung des Realen ihr *alter ego*, und beide verweisen auf eine vergangene Wirklichkeit, in der Empirie und Erfindung einander durchaus nicht zwingend ausschlossen.

Doch nicht nur die kategoriale Differenz zwischen wahr und falsch war in dieser oktroyierten Sinnwelt zumindest verringert, wenn nicht in der Tendenz gar aufgehoben, sondern

35 Vgl. zu den Hintergründen dieses Vorgangs den Beitrag von Joachim Petzold in diesem Band.

36 Den Topos der „Verantwortlichkeit“ als Zensurinternalisierung behandelt der Beitrag von Siegfried Lokatis in diesem Band.

37 Zit. n. Martin Sabrow, Das Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1996, S. 233–257, hier S. 253.

38 Vgl. Martin Sabrow, Zwischen Ökumene und Diaspora. Die Westkontakte der DDR-Historiographie im Spiegel ihrer Reiseberichte, in: Berliner Debatte Initial 7 (1996), 2, S. 86–97.

39 Sylvia Klötzer, „Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 267–310.

40 Martin Sabrow, Der „ehrliche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Gustavo Corni/Martin Sabrow (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996, S. 79–117, hier S. 95ff.

auch die zwischen Vergangenheit und Gegenwart: Der historische Herrschaftsdiskurs bestand der Geschichte keine echte Eigenexistenz zu; sein charakteristischer Grundzug war der historische Präsentismus. Die wechselseitige Bedingtheit von historischer Wahrheit und politischem Gegenwartsnutzen bildete ein konstituierendes Moment der Vergangenheitsaneignung in der DDR weit über den Bereich der Fachwissenschaft hinaus, in der sie freilich besonders klar zutage tritt. Wie selbstverständlich beurteilten Fachgutachter und Zensoren historische Arbeiten nach der aktuell-politischen Bedeutung der bearbeiteten Fragestellung und stufen eine wissenschaftliche Leistung höher ein, weil sie dem Kampf der Arbeiterklasse zu dienen bestrebt sei, oder niedriger, weil ihr geringer Gegenwartsbezug der Aktualität des Themas nicht gerecht werde.⁴¹ Auf dem Boden dieses Denkens war es nicht absurd, ein- und denselben Vortrag eines parteiverbundenen Historikers über die geschichtlich begründete Freiheit der Sowjetvölker einmal anerkennend zu feiern und ein anderes Mal als falsch zu verurteilen und ihren Autor zur Rechenschaft zu ziehen, weil zwischen beiden öffentlichen Vorträgen der Einmarsch des Warschauer Paktes in die ČSSR und die Verkündung der sogenannten Breshnew-Doktrin gelegen hatte.⁴²

Die Denkfigur des historischen Präsentismus strukturierte den historischen Diskurs im diktatorischen Sozialismus in vielfältiger Weise. Sie leistete der Identifizierung von Gegenwart und Vergangenheit Vorschub und machte etwa die kritische Bewertung der kommunistischen „Sozialfaschismus-These“ als „eine eindeutig revisionistische Position sichtbar, die sich auch [!] auf die vergangene [!] Politik der KPD, besonders in der Weimarer Zeit, bezieht“ und „gegen die Politik der Partei und unsere Geschichtskonzeption“ zielt.⁴³ Historischer Präsentismus lag vor, wenn der Aussagewert polizeilicher Vernehmungsprotokolle über einen kommunistischen Putschversuch in Zweifel gezogen wurde, weil die Vernommenen später aus der KPD ausgeschlossen wurden, oder der Begriff der „aktuellen Vollständigkeit“ in den fachlichen Sprachgebrauch eindrang, um eine Dokumentenedition zu kennzeichnen, die wissenschaftlichen und politischen Ansprüchen zugleich genüge; sie beglaubigte die Aktualisierung von Ulbricht-Reden bei Drucklegung ebenso wie die Tilgung unpassender Auslassungen aus den Werken Rosa Luxemburgs; sie prägte die Debatte um den Charakter der Novemberrevolution Ende der fünfziger Jahre und genauso den Streit um den Weimar-Band der „Deutschen Geschichte“ in den achtziger Jahren und korrespondierte so mit dem spezifischen Verständnis historischer Wahrheit im Herrschaftsdiskurs, das sachliche Objektivität und politische Parteilichkeit harmonisch miteinander zu versöhnen beanspruchte.

Fiktionalisierung und Präsentismus sind zwei zentrale Charakteristika, die die Identität der ostdeutschen Historiographie ausmachen und bis 1989 von allen Formen westlicher Geschichtswissenschaft abheben. Zugleich aber verwischen sie die Grenzen zwischen Fachhistoriographie, Geschichtspolitik und historischem Mythos, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert mit der institutionellen und methodischen Verwissenschaftlichung der Historie

41 Vgl. Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs*, S. 45ff.

42 Opfer einer solchen Verschiebung wurde ausgerechnet ein in seiner Zunft als ausgesprochener ‚Kaderwissenschaftler‘ angesehener Historiker, der sich seinen Kollegen mit ihrer Offenlegung im Zuge der ‚Wende‘ als Opfer des Zensursystems präsentieren wollte. In: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, HG 4, Ernst Laboor an Heinrich Scheel, 11.1.1990.

43 Zit. n. Sabrow, *Der „ehrliche Meinungsstreit“*, S. 99.

herausgebildet haben⁴⁴ – in der internen Verständigung der akademischen Historiographie besaßen der Leitartikel eines Geschichtsfunktionärs und der geschichtsbezogene Beschluß des Politbüros kein geringeres fachliches Gewicht als ein quellengesättigter Forschungsbeitrag. Die für die westliche Tradition mit den Arbeiten von Maurice Halbwachs und Pierre Nora thematisierte Scheidung von Gedächtnis und Geschichte hat im historischen Herrschaftsdiskurs des Sozialismus keinen kategorialen Platz.⁴⁵ Dies zeigt sich an der Entdifferenzierung und Homogenisierung des Erinnerns in der KZ- und Widerstandsliteratur der DDR⁴⁶ ebenso wie am Charakter jener breiten Sammlung von kommunistischen Erinnerungsberichten im IML, die schon in ihrer Entstehung die Aufgabe reflektierten, als Wunschbiographien das sozialistische Geschichtsbild und die führende Rolle der SED mit den Mitteln der persönlichen Erinnerung zu fördern, und daher vor ihrer Publizierung „nochmals streng nach ihrer ‚objektiven Wahrheit‘ und der ‚Unterstützung der aktuellen Politik‘ sortiert“ wurden.⁴⁷

44 Vgl. hierzu etwa Aleida Assmanns, „Die Geschichtswissenschaft beruht seit ihrer methodischen Disziplinierung in der Renaissance und verstärkt seit ihrer Institutionalisierung im 19. Jahrhundert auf zwei wesentlichen Grundsätzen. Der erste ist die *Trennung zwischen Vergangenheit und Gegenwart*: um ihr Ideal einer vorbehaltlos kritischen Wissenschaft zu etablieren, mußte die Geschichtswissenschaft aus den legitimatorischen Zwängen der Macht und den obligatorischen Bindungen der Tradition heraustreten. Der zweite Grundsatz ist die *Trennung zwischen Fakten und Fiktionen*. Um immer größere Zuverlässigkeit in der Rekonstruktion des Gewesenen zu gewinnen, mußten Kriterien entwickelt werden, die mit großer Trennschärfe zwischen wahr und falsch zu unterscheiden erlaubte.“ (Aleida Assmann, Im Zwischenraum zwischen Geschichte und Gedächtnis. Bemerkungen zu Pierre Noras „Lieux de mémoire“, in: Etienne François (Hg.), *Lieux de Mémoire. Erinnerungsorte. D'un modèle français à un projet allemand*, Berlin 1996, S. 19–27, hier S. 24; Hervorhebungen im Original).

45 Noch in der finalen Krise des historischen Herrschaftsdiskurses schimmerte die prinzipielle Unvereinbarkeit eines von westlichen Historikern in der DDR durchgeführten Oral-history-Projektes mit den eigenen Normen der Vergangenheitsverwaltung deutlich durch die entsprechenden Berichte der von DDR-Seite zur Begleitung abgestellten Betreuerberichte und schlug sich in bezeichnenden Stellungnahmen nieder: „Gerade Interviews mit Funktionären können den Nachteil haben, daß sie das Verhältnis zwischen Partei und Klasse einseitig reflektieren und der Dialog [...] nicht recht ins Bild kommt.“ Betreuerbericht über die 1. Phase von Prof. Niethammers oral history-Forschungen in der DDR, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen*, Berlin 1991, S. 613. Den kardinalen Gegensatz zwischen dem Erkenntnisinteresse der westdeutschen Projektgruppe und dem der historischen Konsenswissenschaft in der DDR verdeutlicht das Gesamturteil eines anderen Betreuerberichts: „Dieses Vorgehen der Interviewer zielt darauf, einen unverfälschten Selbstaussdruck der Befragten zu erhalten. Nicht Annäherung der Standpunkte/Bestrebungen, sondern Aufdeckung der Unterschiede, der Fremdheiten und Andersartigkeiten ist das oberste Ziel der vorliegenden Interaktion.“ (Bericht über die Fortsetzung des oral history-Projektes der BRD-Historiker in Eisenhüttenstadt vom 21.4. bis 3.5.1987, in: ebd., S. 622.)

46 Hierzu detailliert: Simone Barck, Zeugnis ablegen. Zum frühen Antifaschismus-Diskurs am Beispiel des VVN-Verlages, in: Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit*, S. 259 – 291.

47 Beatrice Viermeisel, *Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED*, in: ebd., S. 117–144, hier S. 129. Daß dem „subjektiven Faktor“ in dieser historischen Wirklichkeit keine eigenständige Rolle bei der Bildung historischer Erkenntnis zukam, verdeutlichte 1950 die Zentrale Parteikontrollkommission der SED, als sie das Ergebnis ihrer Mitgliederbefragung bei der ersten Parteisäuberung in der SED als brauchbare Grundlage der Parteischicht einstufte, aber nicht vergaß, „daß die Auskünfte und Berichterstattungen bei aller Anerkennung des guten Willens zur Objektivität mehr oder weniger subjektiven Charakter trugen, wobei einmal die Rückerinnerungen immer ein Faktor der Unzuverlässigkeit bildete, zum anderen persönliche Sym-

Damit eine solcherart strukturierte Historie sich in ihrer konstruierten Natürlichkeit behaupten konnte, war sie gleichermaßen auf erfolgreiche Integration nach innen und Abschließung nach außen angewiesen. Das erste Ziel erreichte sie durch das Streben nach holistischer Geschlossenheit und Geltungstotalität des eigenen Geschichtsbildes. Der historische Herrschaftsdiskurs kannte im Prinzip keine Nischen und Freiräume, und die Maximen der Parteilichkeit galten für einen Lutherbiographen nicht anders als für einen Rundfunkkommentator und Filmemacher. Der Geschlossenheitsanspruch dieses Konstrukts machte selbst vor den Quellen nicht halt, und kein Zeugnis belegt dies besser als der Seufzer eines Gutachters, der sich mit den sperrigen Problemen „rügischer Schifffahrt“ zu befassen hatte: „Historische Untersuchungen sind oft nicht gerade dankbare Gegenstände. Kaum ein Leser ahnt, welche Mühe mit ihnen verbunden ist, und mancher vergißt, wie schwer es ist, zu allgemeingültigen Schlußfolgerungen zu gelangen. [...] Dazu kommt – und das kann man gar nicht oft genug betonen – die Tatsache, daß die Quellen unserer geschichtlichen Forschung nicht von Vertretern des historischen Materialismus geschaffen wurden – man muß also immer wieder in anderem Sinne gefaßte Angaben interpretieren, und das ist sehr schwer.“⁴⁸

Daß ein geschlossenes Symbolsystem sich am stärksten aus seiner bloßen Existenz legitimiert, ist ein wissenssoziologischer Gemeinplatz. Aber er hilft die Anstrengungen zu erklären, die der Integration von Abweichlern in der ostdeutschen Geschichts- und Wissenskulturliteratur gewidmet wurde. Nur wenige Berufskarrieren im Arbeitsfeld Geschichte verliefen ohne oft scharfe und gelegentlich existenzbedrohende Konflikte um das richtige Geschichtsbild. Die „Therapie“⁴⁹ von Abweichlern erfolgte zumeist (partei-)öffentlich und befestigte so die Grenzmarkierungen des Herrschaftsdiskurses über den einzelnen Konfliktfall hinaus. Auseinandersetzungen mit abweichenden Auffassungen pflegten regelmäßig erst mit der Unterwerfung des Angegriffenen ihr Ende zu finden, ohne daß es aber mit der bloßen Ausschaltung abweichender Stimmen sein Bewenden gehabt hätte: Analog zum orthodoxen Umgang mit Häretikern in der christlichen Kirche endeten sie in der Regel erst mit dem Eingeständnis des Betroffenen, nicht nur unklug gehandelt, sondern sich darüber hinaus auch fachlich geirrt zu haben. blieb dieses Eingeständnis aus, oder erschien es umgekehrt zu bereitwillig, um als ehrlich anerkannt zu werden, konnte das quälende Verfahren sich über Monate oder gar Jahre hinziehen, wie beispielhaft die Kampagnen gegen den

pathie- und Antipathiegefühle die wirklichen Sachverhalte beeinflusste“. Ebd., S. 124. Vgl. auch Beatrice Vierneisel, Gestalten statt Beschreiben. Biographien als sozialistische Lebensberichte, in: Günter Feist/Eckhart Gillen/Beatrice Vierneisel (Hg.), Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945–1990. Aufsätze, Berichte, Materialien, Berlin 1996, S. 844–854, u. Karin Hartewig, Das „Gedächtnis“ der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, S. 312–323.

48 SAPMO-BA DR 1, 5065, Friedrich W. Stöcker, Betr. Wolfgang Rudolph „Die Insel der Schiffer. Zeugnisse, Erinnerungen und Geschichten von rügischer Schifffahrt“, 7.9.1961.

49 Zum Begriff vgl. Berger/Luckmann: „Therapie bedient sich einer theoretischen Konzeption, um zu sichern, daß wirkliche oder potentielle Abweichler bei der institutionalisierten Wirklichkeitsbestimmung bleiben. [...] Dazu bedarf es eines Wissensbestandes, der eine Theorie der Abweichung, eine diagnostische Methodik und ein theoretisches System der ‚Seelenheilung‘ enthält. [...] Eine erfolgreiche Therapie [...] resozialisiert den Abweichler in die objektive Wirklichkeit der symbolischen Sinnwelt seiner Gesellschaft. Natürlich bringt die Rückkehr zur ‚Normalität‘ persönliche Genugtuung mit sich.“ Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 121f.

Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski in den späten fünfziger und gegen den Naturwissenschaftler und Philosophen Robert Havemann in den frühen sechziger Jahren illustrieren.

In der Auseinandersetzung mit dem „bürgerlichen“ Geschichtsdenken und besonders in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz griff ein anderer Funktionsmechanismus: die Nihilierung. Die Leugnung von Phänomenen und Interpretationen, die nicht in die betreffende Sinnwelt hineinpassen, erzeugt eine Art negativer Legitimierung, indem sie fremden Denkmustern einen negativen ontologischen Status zuschreibt und sie als Ausdruck einer kognitiv notwendig unterlegenen Welthaltung umdeutet. Die Kraft der Nihilierungsstrategie beruht nicht zuletzt auf dem Versuch, sich die fremde Sinnwelt durch Übersetzung gleichsam einzuverleiben und alle abweichenden Wirklichkeitsbestimmungen mit Begriffen aus der eigenen Sinnwelt zu erfassen. Eben diese Strategie beherrschte auch die eingangs zitierten Auslassungen ostdeutscher Historiker über das Wissenschaftsverständnis ihrer westdeutschen Kollegen, und sie erlaubte, Geschichtsbilder außerhalb des eigenen Diskursfeldes als bedrohliche Herausforderung durch einen „objektiven Gegner“ (Hannah Arendt) aufzufassen, auf den die Charakterzüge des eigenen Geschichtsdenkens projiziert wurden. Aus dieser Sicht war es allein die bürgerliche Seite, die im Rundfunk, in der Belletristik, in der Wissenschaft die Wahrheit „leugnete“, „vertuschte“ und „verfälschte“, die nur unter dem Druck der marxistischen Konkurrenz zur Räumung unhaltbarer Positionen gezwungen wurde, eine flexiblere Linie aber allenfalls einnahm, um so schlagkräftiger den Sozialismus in der DDR zu zersetzen und zu zerschlagen. Der Topos des objektiven Gegners immunisierte vor kritischer Infragestellung, indem er westliche Auffassungen als bürgerlich auszugrenzen erlaubte, ohne sie inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen, also beispielsweise als „Auseinandersetzungsliteratur“ klassifizierte, die zur eigenen Erkenntnisgewinnung nichts beitragen. Gleichzeitig trug er zur Integration zentrifugaler Kräfte im eigenen Diskurs bei, indem über das ständig wachgehaltene Bewußtsein, von einem immer raffinierter zu Werke gehenden Gegner in der Existenz bedroht zu sein, ein Mobilisierungs- und Konformitätsdruck erzeugt wurde, der jede deutsch-deutsche Konferenzbegegnung, jede angestrebte Auslandspublikation, jede unvoreingenommene Prüfung nichtmarxistischer Formen der Vergangenheitsaneignung unter Verratsverdacht zu stellen erlaubte.

Zu den Beiträgen dieses Bandes: Untersuchungsfelder und Fragestellungen

Das so umrissene Forschungsfeld ist ausgedehnt. Doch auch ein diskursgeschichtlicher Ansatz, der nicht den tradierten Segmentierungen evaluierender Interpretationsmodelle folgt, erlaubt eine Operationalisierung nach zentralen Fragestellungen. Eine von ihnen zielt auf die unterschiedlichen Milieus und Instanzen der Verständigung über die Vergangenheit in der DDR. In der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED wurde Geschichte anders rezipiert und organisiert als in einem Autorenkollektiv von Historikern, in der Diskussion um einen Roman oder ein Drehbuch anders argumentiert als in einer Zensurbehörde. Tiefere Erkenntnisse über die Geltungskraft des Herrschaftsdiskurses setzen eine Differenzierung des Umgangs mit Geschichte in einen gemeinsamen Grundbestand und die spezifische Diskursfärbung der unterschiedlichen Milieus voraus, in denen in der DDR Geschichte

verhandelt wurde. Die genauere Bestimmung der Kongruenz und Inkongruenz von Diskurstilen in ihrem zeitlichen Wandel – beispielsweise zwischen öffentlicher und nicht-öffentlicher Rede, zwischen Akademie- und Partei-Instituten, zwischen Forschungseinrichtungen und Zensurbehörden, zwischen den Universitäten – etwa von Berlin und Greifswald – kann Aufschluß geben über die Geltungsweise und innere Organisation des historischen Herrschaftsdiskurses in der DDR.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die kanonisierten Leitparadigmata und Feindbilder der sozialistischen Meistererzählung. Sie sicherten die Immunisierung gegen den „Klassenfeind“ in der vermeintlich sich immer weiter verschärfenden Systemauseinandersetzung, und sie wirkten als identitätsstiftendes Moment in der Formierung und Stabilisierung der DDR-Gesellschaft. Ausgehend von den ideologisch durchdrungenen Geschichtsdoktrinen und kulturpolitischen Maximen wie dem Erbe-Traditions-Verständnis wurden Strategien entwickelt, die sich in den Geschichtswissenschaften und kulturellen Teilbereichen, etwa in der Literatur und den audiovisuellen Medien, vielfältig verschränkt niederschlugen. Realsozialistische Leitbilder wie das „neue“ oder „andere“ Deutschland, das heroische Bild des „antifaschistischen Widerstandskämpfers“ oder des traditionsbewußten „neuen Menschen“ standen hierbei Stereotypen der Abgrenzung, etwa des „Verräters“, des von feindlichen Einflüssen geleiteten Abweichlers oder des „rückständigen“ Menschen dichotomisch gegenüber. Traditionsbezüge etwa auf die Befreiungskriege, Thomas Müntzer oder die antifaschistischen Aktivitäten der KPD wirkten als unanfechtbare und diskursbestimmende Referenzen für die Geschichtsforschung wie für die mediale und künstlerische Umsetzung.

Ein weiterer Fragekomplex eröffnet sich aus chronologischer Perspektive. Formung und Entwicklung des historischen Herrschaftsdiskurses lassen sich nicht unabhängig von ihrem zeitlichen Kontext beschreiben: Die tendenziell hermetische Abschließung des Geschichtsdiskurses nach 1956 und seine fortschreitende Erosion nach 1985 lassen sich ohne die Einbettung in ihren politischen Rahmen nicht erklären; auch die erwähnte „Preußenrenaissance“ war ein gesamtdeutsches Phänomen, und das erweiterte Erbe-Konzept in der DDR in den späten siebziger und in den achtziger Jahren entsprach einer neuen Hinwendung zur Vergangenheit in der Bundesrepublik. Andererseits konnten äußere Einflüsse sich immer nur über ihre diskursive „Übersetzung“ im historischen Denken Geltung verschaffen und neben parallelen auch gegensätzliche Entwicklungen im doppelten deutschen Geschichtsdanken erzeugen, wie etwa die Abschottung der DDR-Historiographie in den sechziger Jahren gegen die Kontaktbemühungen der entstehenden historischen Sozialwissenschaft in Westdeutschland zeigt.

Ein weiterer Problemkomplex ergibt sich aus der Vielfalt der Formen, in denen Geschichte auch in der DDR produziert und rezipiert wurde. Die Vergangenheit begegnete dem DDR-Bürger in vielerlei Gestalt: als Lehrbuchwissen, als Dokumentar- und Spielfilm, im Roman wie in der Parteitage-rede, als Museumsführung, Denkmal oder Rundfunkreportage, als Gedenktag und Gedächtnisort. Dem holistischen Geschlossenheitsanspruch des oktroyierten Geschichtsdiskurses stand die jeweilige Spezifik des Mediums gegenüber: Das flüchtige Wort eines Radiobeitrags konnte auf mehr Gestaltungsfreiraum rechnen als das gedruckte Wort einer Buchveröffentlichung; ein filmisches Hitlerporträt hätte die immunisierende Kraft des Herrschaftsdiskurses auf eine größere Probe gestellt, als es ein Forschungsbeitrag über die „Machtergreifung“ tat. Ein Schulbuchtext mußte in der Regel rigideren Normen gehorchen als ein unauffällig plazierter Forschungsbeitrag; ein Gedenkort wie die „Gedenkstelle der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde unterlag anderen Inszenie-

rungsproblemen als das jährliche Ritual des Gedenkmarsches zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts dorthin. Es lohnt sich, den spezifischen Ausprägungen nachzugehen, die der historische Herrschaftsdiskurs in den unterschiedlichen Formen und Medien der Produktion und Vermittlung des Geschichtsbildes annehmen konnte, um von hier aus neben den Mechanismen auch die Grenzen der Bemächtigung von Geschichte in der DDR genauer zu erschließen.

Ein besonderes Interesse gilt natürlich den selbstproduzierten Widersprüchen und den „Rändern“ des Herrschaftsdiskurses. An ihnen mußten seine Integrations- und Ausgrenzungspotenzen sich in besonderem Maße bewähren – und sie werden dadurch im nachhinein besonders faßbar. Zwar erlauben weder die Ergebnisse der zeitgenössischen DDR-Forschung vor 1989 noch die späteren Erinnerungen von Beteiligten oder die mittlerweile gesichteten Archivbestände den Schluß, daß die oktroyierte SED-Sicht auf die Vergangenheit nach ihrer formellen Durchsetzung in nennenswertem Umfang grundsätzlichen Protest oder gar manifesten Widerstand hervorgerufen habe. Eine Rekonstruktion des Geschichtsdiskurses in der DDR aber, die nicht die Widerstände *gegen* den verordneten Diskurs, sondern die Differenzen und Gegensätze *in* ihm zum Gegenstand der Analyse macht, stößt notwendigerweise darauf, daß – wie alle Beiträge dieses Bandes veranschaulichen – die Geschichte des historischen Denkens in der DDR immer auch eine Konfliktgeschichte ist. Von der Themenwahl bis zur schließlichen Freigabe waren historische Produktionen, ob im Film, in der Literatur oder in der Geschichtswissenschaft, von Auseinandersetzungen um die „richtige“ Auffassung geprägt, die nach den Spielregeln des Herrschaftsdiskurses ausgetragen werden mußten und damit doch auch zu seinem Gestaltwandel beitrugen.

Auf dem so umrissenen Forschungsfeld bewegen sich die einzelnen Beiträge dieses Projektbandes. Sie bilden Zwischenergebnisse der mehrjährigen gemeinsamen Arbeit an einem von der DFG geförderten Forschungsvorhaben „Geschichte als Herrschaftsdiskurs in der DDR“ im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, das sich mit den verschiedenen Formen der Vergangenheitsaneignung und -verwältigung in der DDR befaßte. Eine zentrale Rolle in diesem Forschungsfeld spielt die ostdeutsche Geschichtskultur außerhalb der Fachhistoriographie, und daher diskutiert die Mehrzahl der Beiträge nicht die wissenschaftlichen, sondern die literarischen, massenmedialen und filmischen Vermittlungsformen und Kontrollmechanismen des sozialistischen Geschichtsbildes in der DDR sowie die Mechanismen ihrer Erzeugung und Kontrolle.

Wie trügerisch das Bild einer monolithischen Geschlossenheit der Vergangenheitsaneignung im diktatorischen Sozialismus ist, zeigt *Simone Barck* in ihrem Beitrag über die Etablierung und Kanonisierung der Bilder vom antifaschistischen Widerstand im Spannungsfeld von ideologischen Vorgaben, historischer Dokumentation, autobiographischer Erinnerung und Fiktionalisierung. Nirgendwo waren in der Wissenschaft wie in der Literatur die diskursiven Bemächtigungsstrategien des neuen Herrschaftssystems stärker gefordert als in der Etablierung eines homogenen Bildes vom Widerstand gegen das NS-Regime, dessen parteikonforme Einheitlichkeit durch Produzenten und Rezipienten gleichermaßen bedroht wurde. Als Gründungslegende und eigentlicher Seinsgrund eines zweiten deutschen Staates neben der Bundesrepublik spielte der Antifaschismus bekanntlich eine Schlüsselrolle in der Geschichtspolitik der SED. Die Entwicklungsphasen seiner Formung zu einem von allen geschichtlichen Störfaktoren gereinigten Mythos lassen sich eindrucksvoll am Beispiel des Widerstands-Diskurses in der frühen DDR nachvollziehen. Zusammenprall und Zusammenspiel seiner verschiedenen Formungskräfte veranschaulichen die Überführung der

kommunikativen Erinnerung in ein kulturelles Gedächtnis von Staat (beziehungsweise Partei), dessen Ergebnis schwerlich als bloß „verordneter“ noch etwa gar als authentischer, sondern am ehesten als „geordneter Antifaschismus“ zutage tritt.

Die Rolle von Spielfilmen als Agenturen des kulturellen Gedächtnisses behandelt *Thomas Heimann* am Beispiel von drei filmischen Auseinandersetzungen in der DDR mit dem Zweiten Weltkrieg, die sämtlich von literarischen Vorlagen stammen. Der Beitrag erörtert anhand einer detaillierten Nachzeichnung der jeweiligen Produktions- und Rezeptionsvorgänge, wie widersprüchlich und uneinheitlich die Übertragung kulturpolitischer Heldemuster aus der sogenannten „Wandlungsliteratur“ auf das Medium Film verlief und in welcher Weise die bundesdeutsche Kriegsfilmwelle derselben Zeit diesen Prozeß beeinflusste. Im Zentrum der Analyse steht eine doppelte Frage, nämlich einmal, wie sich angesichts einer in den fünfziger Jahren noch nicht geschlossenen fachwissenschaftlichen Lücke die durchaus nicht einem simplen Oben-Unten-Schema folgende Kanonisierung einer verbindlichen Widerstandserzählung vollzog, und zum anderen, wieviel Überschuß an persönlicher Erfahrung und gegenständlicher Authentizität der Vergangenheitsaufarbeitung im DEFA-Film trotz aller Steuerungsbemühungen der Einheitspartei erhalten blieb.

Andere methodische Zugänge erfordert die Thematisierung der NS-Geschichte im DDR-Rundfunk: *Christoph Classen* arbeitet in einer Längsschnittuntersuchung Konstanz und Wandel in der legitimatorischen und propagandistischen Instrumentalisierung des Zusammenbruchs von 1945 als Befreiung in Rundfunkkommentaren und historischen Features zwischen 1949 und 1963 heraus. Auch hier schälen sich narrative Grundmuster heraus, die der Erfahrungswelt der Zeitgenossen in bezug auf den Zweiten Weltkrieg die autorisierte Geltungskraft einer historischen Basiserzählung gegenüberstellten. Nirgendwo scheinen die ‚Vetokraft der Quellen‘ und die Widerständigkeit des Mediums geringer als im Hörfunk der DDR, wo die aus politischen Kurswechseln resultierende Umwertung der Vergangenheit sich ungehinderter vollziehen konnte als in fast allen anderen Bereichen der Geschichtskultur in der DDR. Doch trug die besondere Künstlichkeit des historischen Symbolhaushaltes, den der Rundfunk ausstrahlte, schon in den fünfziger Jahren zu demselben Utopieverlust des Geschichtsdiskurses bei, der sich auch auf fachwissenschaftlicher Ebene beobachten läßt, ohne dadurch allerdings die Attraktivität des von ihm geschaffenen Befreiungsmythos ganz zu zerstören.

Eine Klammerfunktion zwischen Geschichtskultur und -wissenschaft nimmt die Untersuchung von *Siegfried Lokatis* ein, in der die zentrale, institutionelle Kanalisierung der Vergangenheitsaneignung in der DDR beleuchtet wird: die Textzensur. Am Beispiel der Druckgenehmigungspraxis des Geschichtsverlages Rütten & Loening zeichnet Lokatis ein überaus dichtes Bild der vielschichtig nebeneinanderher und zuweilen gegeneinander laufenden Strömungen, Entscheidungen und Strategien, die das amorphe Gebilde der Begutachtungspraxis historischer Texte in der DDR konstituierten und perpetuierten. In ihr tritt mit den Paradoxien der Zensur die Veralltäglichsung einer Herrschaft zutage, die Zensur in „Verantwortlichkeit“ zu überführen vermochte und deren überaus erfolgreiches Programm sich als „Stabilisierung durch Internalisierung“ beschreiben läßt. Hinter dieser allgemeinen Marschrichtung aber verbarg sich, wie die dichte Beschreibung der Druckgenehmigungspraxis zeigt, ein von den unterschiedlichsten Interessen und Handlungsstrategien geleiteter Kosmos der Zensur, der sich vielfach weniger mit Hilfe von Deutungskategorien wie Zwang und Gehorsam erschließt als eben mit dem Interpretationsmodell eines Diskursgefängnisses, das die Zensoren und ihre Opfer gemeinsam binden und gelegentlich sogar austauschen konnte.

Martin Sabrow thematisiert die Geschichte des ehrgeizigsten Kollektivunternehmens auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft in der frühen DDR: des zwischen 1952 und 1969 von einem Autorenkollektiv führender parteimarxistischer Historiker erarbeiteten Hochschullehrbuchs der deutschen Geschichte. Die langjährige Arbeit an der sozialistischen Variante einer nationalgeschichtlichen „Meistererzählung“ demonstriert die Anstrengungen, mit denen die staatssozialistische Herrschaft sich der Vergangenheit bis in die Frühzeit zu bemächtigen trachtete, und sie macht die Praxis der historischen Verständigung in einer geschlossenen Fachöffentlichkeit faßbar. In der außerordentlichen Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die die Arbeit am Lehrbuch über mehr als fünfzehn Jahre begleitete, enthüllt sich mehr als das übliche Entstehungsschicksal großer Kollektivvorhaben. Die kontinuierliche Rücknahme des ursprünglichen wissenschaftlichen Anspruchs in den fünfziger und frühen sechziger Jahren läßt sich als fortschreitender Utopieverfall interpretieren, als eine Schritt um Schritt sich vollziehende Aufgabe des ursprünglichen Glaubens an die Eigenkraft einer von bürgerlicher Befangenheit befreiten Geschichtsschreibung und deren Ersetzung durch die administrativen Prozeduren eines als Hoffnung entzauberten und zugleich in seiner Geltungsmacht veralltäglichten Geschichtsdiskurses in der DDR. So läßt die langjährige Arbeit an einem kodifizierten Geschichtsbild mit Lehrbuchcharakter in ihrem Erfolg wie in ihrem Scheitern die inhaltliche Verfestigung und zugleich die fachliche Abschließung der neuen Geschichtswissenschaft auf dem Weg zu einem homogenisierten Herrschaftsdiskurs erkennen.

Joachim Petzold schließlich beschreibt die vielschichtigen Fronten und Faktoren der Vergangenheitsformung im SED-Staat am Beispiel der deutschen Novemberrevolution von 1918/19, einem der sensibelsten Felder der historischen Herrschaftslegitimation und der innerparteilichen Flügelkämpfe. Die anlässlich ihres 40. Jahrestages in der DDR aufgebrochene Kontroverse um den sozialistischen oder bürgerlich-demokratischen Charakter dieser wunderlichsten aller wunderlichen Revolutionen (Arthur Rosenberg) stand in der Kontinuität einer tief in die kommunistische Parteitradition zurückreichenden Kontroverse und erzeugte Allianzen, in denen die Differenz von Politik und Wissenschaft ebenso wie der Gegensatz von Dogmatikern und Denkern vollkommen verwischt schienen. Die verbissenen Auseinandersetzungen um den Charakter der Novemberrevolution begleiteten die DDR bis an ihr Ende, wenn auch die entscheidenden Kämpfe um ihre Interpretation in den späten fünfziger Jahren ausgetragen wurden. Der Autor beschreibt diese Vorgänge aus der Distanz des Historiographiehistorikers und zugleich aus der Nähe des Beteiligten; der den politischen Stellenwert auch der scheinbar beiläufigsten fachlichen Streitfragen kennengelernt hat. In der Austragung dieser Gegensätze spiegeln sich Fremdsteuerung und Eigendynamik eines historischen Herrschaftsdiskurses, der sich wie selbstverständlich zuvörderst als „invention of tradition“ verstand.⁵⁰

Auf so unterschiedlichem biographischem und methodischem Wege sich die einzelnen Beiträge den einzelnen Aspekten der Vergangenheitsaneignung in der DDR auch nähern, verstehen sie sich doch gleichermaßen als Spurensuche auf den einzelnen Ebenen und in den verschiedenen Ausprägungen einer Ordnung der Vergangenheit, die von spezifischen diskursiven Rahmensetzungen einerseits, von erstaunlicher Eigendynamik und Vielschichtig-

50 Zum Komplex der Traditionserfindung vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1984.

keit mit oft verwirrenden Allianzen und Frontlinien andererseits, geprägt war.⁵¹ Ihre Rekonstruktion geht nicht nur den Kultur- und Wissenschaftshistoriker an. Sie erlaubt Einblicke in das Innenleben einer diktatorisch verfaßten Gesellschaft des 20. Jahrhunderts, die eben nicht in dem permanenten Ausnahmezustand existierte, in dem sie aus totalitarismustheoretischer Sicht zumeist verortet wird, sondern eine Normalität eigener Art ausbildete. Weder war der staatssozialistische Geschichtsdiskurs allein auf Zwang gegründet noch irgendwo ganz frei von ihm; gerade in der Verwandlung von Zensur in Verantwortlichkeit, in der Kanalisierung der Erinnerung und in der Verschmelzung von Faktizität und Fiktionalität, von Erkenntnis und Interesse läßt sich die Vergesellschaftung diktatorischer Macht im Staatssozialismus nachvollziehen. Hier und nicht in der Macht der aufgepflanzten Bajonette oder in der Lockung der versprochenen Konsumsteigerung liegt ein nicht zu unterschätzender Schlüssel für die langjährige Stabilität eines ostdeutschen Teilstaates ohne nationale Eigenständigkeit und seines auf den Flügeln der sowjetischen Besatzungsmacht importierten diktatorischen Gesellschaftssystems.

51 Insoweit korrespondiert der interpretatorische Ansatz des vorliegenden Bandes mit der Fragestellung des von Thomas Lindenberger in dieser Reihe herausgegeben Bandes „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“, der „vor allem den Blick für die vielgestaltigen Symbiosen im Verhältnis von Parteidiktatur und sozialen Gruppen bzw. Akteuren“ in den Mittelpunkt rückt. Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: ders. (Hg.) *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44, hier S. 30).